



Die italienischen Parlaments- wahlen 2008: neue Konturen für die „Zweite Republik“

Alexander Grasse

Occasional Papers
No. 1/2008

Hrsg. von
Alexander Grasse

Impressum

PIFO Politische Italien-Forschung
Erscheinungsort: Gießen

Hrsg.: Prof. Dr. Alexander Grasse
Institut für Politikwissenschaft
Justus-Liebig-Universität Gießen
Karl-Glöckner Str. 21 E
35394 Gießen

Tel.: 0641 - 9923091 (Skr.)

Tel.: 0641 - 9923090

Fax: 0641 - 9923099

E-Mail: alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de

ISSN: 1866 - 7619

Gießen, 2008

© Alexander Grasse

<http://www.italienforschung.de>

Die italienischen Parlamentswahlen 2008: neue Konturen für die „Zweite Republik“

Alexander Grasse

Inhalt

	<i>Seite</i>
1. Einleitung.....	5
2. Die Vorgeschichte der Parlamentswahlen und der Wahlrechtsreformen.....	6
3. Zentrale Probleme Italien.....	8
4. Die Regierung Prodi und ihr politisches Ende – Ursachenforschung.....	14
5. Hintergründe der chronischen Instabilität: Politik und politische Kultur.....	19
6. Die Mär von der Unregierbarkeit.....	28
7. Wahlkampf im Zeichen des Wandels: change we can believe in?.....	30
7.1 Der Wahlkampf und seine Inhalte.....	31
7.2 Das Parteiensystem in zentripetaler Bewegung.....	49
8. Analyse der Wahlergebnisse vom 13. und 14. April 2008.....	55
9. Fazit und Ausblick.....	71
Literatur.....	75
Bildnachweise.....	77
Zum Autor.....	78

1. Einleitung

Italien hat gewählt – wieder einmal. Das Ergebnis: Silvio Berlusconi wurde zum dritten Mal Ministerpräsident. Zwei Gespenster gingen vor den Wahlen um: das des Rückfalls in chronische Instabilität und das der Gefährdung der Demokratie. Das erste Gespenst scheint angesichts des klaren Sieges der Mitte-Rechts-Allianz und der einschneidenden Veränderungen im Parteiensystem gebannt, denn nicht nur die Mehrheitsverhältnisse sind so klar wie selten zuvor in Italien, sondern auch das Feld der Parteien ist dramatisch geschrumpft. 15 Jahre nach dem Ende der so genannten „Ersten Republik“ stellt sich damit die Frage, wie sich die so genannte „Zweite Republik“ weiterentwickelt. Das zweite Gespenst, das der Gefährdung der Demokratie, scheint umso lebendiger zu sein. Hinzu kommen soziale Verwerfungen, drängende gesellschaftliche Probleme und eine ökonomisch schwierige Situation Italiens. All dies verweist auf einen immensen Reformstau bzw. Reformbedarf, der auch eine Folge der starken Polarisierung der vergangenen Jahre ist, da eine die politischen Lager übergreifende Zusammenarbeit nicht zustande gekommen ist. Der vorliegende Beitrag geht im Folgenden der Frage nach, welche neuen Konturen die „Zweite Republik“ durch die Parlamentswahlen 2008 gewinnt, denn eines scheint bereits jetzt klar: Diese Wahlen haben historische Bedeutung.

Abbildung 1: Wahlsieger Berlusconi: zum dritten Mal Ministerpräsident



2. Die Vorgeschichte der Parlamentswahlen und der Wahlrechtsreformen

Die Neuwahlen waren nötig geworden, nachdem Staatspräsident Giorgio Napolitano und der von ihm nach Romano Prodis Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten im Januar 2008 mit der Regierungsbildung beauftragte Senatspräsident Franco Marini kein Gehör bei den Parteien der Opposition für das Projekt gefunden hatten, die seit Jahren erfolglos diskutierten Reformen des politisch-institutionellen Systems in einer lagerübergreifenden „Großen Koalition des nationalen Interesses“ endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Nicht einmal auf die Reform der politischen Spielregeln, nämlich die Reform des Wahlsystems, konnte man sich als Ziel einer solchen Übergangsregierung verständigen. Das Wahlrecht ist seit dem Ende der so genannten Ersten Republik im Jahr 1993, als das alte Parteiensystem im Korruptionssumpf versank, ein fortdauernder Zankapfel in der italienischen Politik. Berlusconi lehnte, nicht zuletzt vor dem Hintergrund hervorragender Umfragewerte, jedoch jede Form der Zusammenarbeit ab und pochte auf Neuwahlen. Er sollte sie bekommen.

Die Verweigerungshaltung war in mehrfacher Hinsicht problematisch. Erstens ist das geltende Wahlrecht das Ergebnis einer einsamen Entscheidung des Mitte-Rechts-Bündnisses unter dem Regierungschef Silvio Berlusconi. Kurz vor dem Ablauf der vorletzten Legislaturperiode, im Dezember 2005, buchstäblich in allerletzter Sekunde, hatte man das bis dahin geltende Mehrheitswahlrecht (mit Proporzkomponente in Höhe von 25% der Sitze) in ein Verhältniswahlrecht mit Mehrheitskomponente umgewandelt, ohne die Opposition in diesen Prozess mit einzubeziehen.¹ Zweitens ist dieses Wahlrecht aufgrund seiner Komplexität intransparent und schon allein deshalb wenig demokratisch. Drittens kehrt es den Willen der Bevölkerung um, die 1993 in einer von Mario Segni und anderen initiierten Volksabstimmung das Ende des Verhältniswahlrechtes beschlossen hatte, das in der so genannten Ersten Republik gegolten hatte und mitverantwortlich gemacht wurde für Parteienzersplitterung und Parteienherrschaft. Viertens schließlich war die Änderung des Wahlrechts 2005 dazu angetan, die Chance auf einen Wahlsieg für die Mitte-Rechts-Parteien 2006 noch zu verbessern, wobei man sich auf der Basis von Umfragen das Gesetz auf die eigenen Bedürfnisse zuschnitt. Zugleich behielt man im Blick, einer etwaigen Mitte-Links-Regierung (die dann Realität werden sollte) mit knappen Mehrheiten das Leben so schwer als irgend möglich zu machen. Diese Rechnung ist aufgegangen. Roberto

1 Gesetz Nr. 270 vom 21.12.2005.

Calderoli, der das Wahlgesetz als „Reformminister“ der Regierung Berlusconi zu verantworten hat, spricht selbst feixend von seinem eigenen Gesetz als „Sauerei“ (*porcata*), im Politjargon ist nur noch vom *Porcellum* di Rede.

Das geltende Wahlrecht bestimmt, dass die Sitzverteilung in den beiden vollkommen gleichberechtigten Kammern des italienischen Parlamentes, Abgeordnetenversammlung und Senat, zwar nach dem Proporzsystem bestimmt wird, aber die Partei oder Koalition mit den meisten Stimmen einen Mehrheitsbonus bekommt. In der Abgeordnetenversammlung gilt für den Fall, dass keine Partei oder Koalition von sich aus mehr als 340 Sitze (von 630 Sitzen insgesamt) erreicht, dass die stärkste Partei/Koalition automatisch 340 Sitze erhält und damit über die absolute Mehrheit verfügt. Die übrigen Sitze werden nach Proporz auf die restlichen Parteien und Koalitionen verteilt. Im Senat, der auf regionaler Basis gewählt wird, wird die Mehrheitsprämie so verteilt, dass 55% der für jede einzelne Region vorgesehenen Sitze (20 Regionen, je nach Einwohnerzahl zwischen 2 und 47 Sitze) an diejenige Partei oder Koalition gehen, die die relative Mehrheit erzielt hat. Aufgrund des regionalen Verteilungsmodus ist eine Mehrheit der Sitze allerdings, anders als in der Abgeordnetenversammlung, im Senat nicht garantiert. Dieser besteht aus insgesamt 315 Sitzen plus sieben Senatoren auf Lebenszeit. Dabei handelt es sich um die ehemaligen Staatspräsidenten und verdiente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die vom amtierenden Staatspräsidenten ernannt werden können (max. fünf insgesamt).

Hinzu kommen Sperrklauseln in beiden Häusern des Parlamentes: auf nationaler Basis für die Abgeordnetenversammlung und auf regionaler Basis für den Senat. In der Abgeordnetenversammlung gelten folgende Hürden: 4% für allein antretende Parteien, 10% für Koalitionen, 2% für Parteien innerhalb von Koalitionen, wobei jedoch unter den Parteien mit weniger als 2% Stimmenanteil noch diejenige berücksichtigt wird, welche die meisten gültigen Stimmen erhalten hat. Im Senat gelten folgende Hürden mit jeweils regionaler Betrachtung: 8% für allein antretende Parteien, 20% für Koalitionen und 3% für Parteien innerhalb von Wahlbündnissen. Das Ganze wird ergänzt um Mandatsregelungen für den so genannten Auslandswahlkreis, in dem 13 Sitze durch die im Ausland lebenden Italiener/innen vergeben werden.

Das Wahlrechtssystem ist in seiner Wirkungsweise gleich in mehrfacher Hinsicht problematisch: Zum einen kann es in beiden Kammern des Parlamentes zu unterschiedlichen Mehrheiten kommen. Das ist fatal, da jedes Gesetz beide Kammern passieren muss, so dass eine vollkommene Blockade möglich ist und deshalb abermals Neuwahlen unausweichlich sind. Zum anderen führt das System zu knappen Mehrheiten im Senat, was zur Folge

hat, dass es selbst bei politisch gleichlautenden Mehrheiten beider Kammern zu einer Machtverlagerung in den Senat kommt, wobei dann dort wiederum die Senatoren auf Lebenszeit zu einem Machtfaktor werden können, der von der Verfassung so nicht vorgesehen ist. Ein drittes Problem ist die andauernde Fragmentierung des Parteiensystems. Die Parteienzersplitterung, die in der so genannten Zweiten Republik nochmal größer ist als in der Ersten, war bis zu den Parlamentswahlen 2008 ungebrochen. Existierten 1987 unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts 14 Parteien mit einem Anteil von mehr als 0,5% der Wählerstimmen, waren es bei allen zurückliegenden Parlamentswahlen der Zweiten Republik – sowohl unter Mehrheits- als auch Verhältniswahlrecht – nochmals mehr.

Da sich die großen Parteien der beiden widerstreitenden politischen Lager bislang jedoch nicht auf eine Zusammenarbeit verständigen konnten, um eine gemeinsame Wahlrechtsreform – auch gegen die Interessen der kleineren Parteien und Splittergruppen – zu verabschieden, die eine Fragmentierung des Parlamentes verhindern würde, waren alternativ nur Reformen mit den Kräften des jeweils eigenen Lagers möglich. Das aber gelang aufgrund eines klassischen Reformparadoxons ebenfalls nicht: Die Splitterparteien hätten nämlich mit dafür sorgen müssen, dass ihr Einzug ins Parlament fortan nicht mehr möglich gewesen wäre bzw. sie per Fusion in anderen, größeren Parteien hätten aufgehen müssen – und tatsächlich: Just in dem Moment, in dem Romano Prodis Minister für Reformen, Vannino Chiti, einen Vorschlag zur Wahlrechtsreform präsentierte (genötigt durch den Druck der Straße, denn eine breite Bürgerbewegung hat eine Volksabstimmung hierzu durchgesetzt), stieg einer der Koalitionspartner, die UDEUR (*Unione Democratici per l'Europa*), aus der Koalition aus und brachte die Regierung damit zu Fall.

3. Zentrale Probleme Italiens

Die Liste der Probleme Italiens ist jedoch nicht auf die Themen Wahlrecht und Parteien beschränkt. Im Gegenteil, sie ist lang und länger: Zwar hat sich seit dem Ende der Ersten Republik bereits einiges bewegt, viele entscheidende Reformen stehen jedoch noch aus, wie z.B. die Novellierung der Finanzverfassung und die Reform der Justiz, ferner eine Parlamentsreform sowie geeignete Verfassungsreformen. Hier ist besonders die Umgestaltung des Senats geboten, um diesen zu einer vermittelnden Schnittstelle zwischen nationaler (föderaler) Ebene und regionaler Ebene zu machen, nachdem die

Regionen durch die Verfassungsreform 2001 (im Alleingang von Mitte-Links verabschiedet und per Referendum bestätigt) politisch stark aufgewertet wurden.

Zugleich kämpft die Wirtschaft seit Jahren mit Umstrukturierungsproblemen (auch das so genannte „Dritte Italien“), die öffentliche Daseinsvorsorge ist mancherorts noch immer prekär, der Umgang mit Einwanderung ist ohne Linie, Gewalt im öffentlichen Raum (etwa bei Fußballspielen) nimmt zu, die Korruption feiert ebenso wie die organisierte Kriminalität fröhliche Urstände² und die politischen Skandale reißen bei munterem Politiker-Recycling ebenfalls nicht ab. Eine breite Debatte über Effizienz im Bereich *public policies* kommt nicht in Gang und die Akkomodation territorialer Konflikte gelingt immer weniger, wie die Auseinandersetzungen um den Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken der Bahn, die Erweiterung von Militärbasen oder neue Müllverbrennungs- und Kraftwerksanlagen zeigen. Das alles verweist auf 15 Jahre Zweite Republik, in denen Politik und gesellschaftliche Realität gewissen Abkoppelungsprozessen unterliegen und die Parteien ihre vermittelnde Wirkung nur noch bedingt erfüllen können. Alte soziale, kollektive Identitäten lösen sich auf, aber nur vereinzelt treten neue territoriale Identitäten an deren Stelle, während die Regierung in Rom ein Regieren im permanenten Ausnahmezustand praktiziert, wozu beispielsweise der inflationäre Gebrauch der Vertrauensfrage durch den Ministerpräsidenten gehört, um überhaupt noch politikfähig bleiben zu können.

2 Dabei ist jedoch zu differenzieren: So hat der Staat im Kampf gegen die sizilianische Mafia auf der einen Seite durchaus Erfolge zu verbuchen: Seit Mitte 2007 gelang es der italienischen Polizei, hochrangige Mafia-Vertreter festzunehmen. Im Frühjahr 2006 war nach mehr als 40 Jahren der *Mafia*-Boss Bernardo Provenzano inhaftiert worden, der 1993 nach dessen Ergreifung auf Totò Riina gefolgt war, Auftraggeber der Morde an den *Mafia*-Anklägern Giovanni Falcone und Paolo Borsellino. Im Februar 2008 beschlagnahmte die Polizei Sach- und Geldvermögen führender *Mafiosi* in Höhe von 150 Mio. Euro und nahm den Boss Salvatore Lo Piccolo fest, Nachfolger Bernardo Provenzanos. Auf der anderen Seite ist die neapolitanische *Camorra* ungebrochen aktiv und die kalabrische *Ndrangheta* dehnt sich sogar immer weiter aus, wie ein Anfang 2008 von der zuständigen Anti-Mafia-Kommission des italienischen Parlaments vorgelegter Bericht offenbart. Danach besitzt die *Ndrangheta* – anders als sizilianische *Mafia* – eine der *Al Quaida* ähnliche, kapillare Organisationsstruktur autonomer Einheiten (*Ndrine*), die inzwischen nicht nur in ganz Kalabrien verbreitet sind, sondern auch im Norden und der Mitte Italiens sowie im Ausland, insbesondere in Australien und Deutschland. Insofern darf auch eine Festnahme wie die von Pasquale Condello am 18. Februar 2008, Chef der *Ndrangheta*, nicht überbewertet werden. Die *Sacra Corona Unita* in Apulien sorgt für vergleichsweise geringes öffentliches Aufsehen, stellt aber nach wie vor im Absatz des Stiefels ebenfalls ein massives Problem dar. Vgl. an aktuellen Publikationen zum organisierten Verbrechen in deutscher Sprache näher: Dickie, John: *Cosa nostra. Die Geschichte der Mafia*, Frankfurt am Main 2007 (2. Aufl.) und Saviano, Roberto: *Gomorra. Reise in das Reich der Camorra*, München 2007.

Derweil sind die Umweltprobleme so gravierend, dass im Juni 2007 ein Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Italiens Umweltpolitik eingeleitet wurde. Daraufhin wurde das Land im April 2008 zu Strafzahlungen verurteilt, und zwar aufgrund der Verzögerung bei der Umsetzung der EU-Umweltrichtlinien von 1999, insbesondere wegen zahlreicher Verstöße gegen die vorgesehene Sondermüllbeseitigung.³ Die Umweltzerstörung könnte sich noch stärker als bisher auch auf den Tourismus als einen der wichtigen Wirtschaftssektoren Italiens auswirken. Italien ist weltweit im Ranking der beliebtesten Touristenziele von Platz 1 in den 1980er Jahren inzwischen auf Platz 5 abgerutscht (Weltmarktanteil 4%) und fällt bei den Zuwachsraten hinter die südeuropäischen Mitbewerber zurück. Der Imageschaden durch den Müllnotstand in der Region Kampanien, wo selbst durch einen von der Regierung in Rom bestellten Sonderkommissar und den Einsatz des Militärs kaum Abhilfe geschaffen werden kann, ist bereits enorm.⁴ Auf einige dieser Probleme, die die so genannte Zweite Republik kennzeichnen, soll vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Auseinandersetzung im Folgenden näher eingegangen werden.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen sind nicht nur politisch, sondern gerade auch ökonomisch äußerst prekär. Für das erste Quartal 2008 konstatierte die Europäische Kommission für Italien ein Wachstum von gerade einmal 0,1%. Im Jahresdurchschnitt wuchs das Bruttoinlandsprodukt 2007 noch um 1,5%, wobei bereits in der zweiten Jahreshälfte 2007 Italien den größten Wachstumsrückgang in der Euro-Zone verbuchen musste. 2006 hatte das Wachstum noch 1,8% betragen, nach Jahren anhaltender Wirtschaftsschwäche. Ökonomisch waren die Regierungsjahre Berlusconi die schlechtesten der Zweiten Republik: das durchschnittliche jährliche Wachstum 2001-2005 lag bei lediglich 0,7%. Die Prognose der Europäischen Kommission für 2008 (die auch das italienische Schatzministerium teilt) liegt wieder bei 0,7%, das Ergebnis könnte aber bei anhaltend hohen Rohölpreisen deutlich niedriger ausfallen, da Italien energiepolitisch fast ausnahmslos vom Rohölimport abhängig ist. Erneuerbare Energien stecken noch in den Kinderschuhen, Atomkraft war seit den Volksabstimmungen von 1987 in Italien bis zum Wahlkampf 2008 kein ernsthaftes Thema mehr (vgl. Punkt 7). Die italienische Zentralbank, die *Banca d'Italia*, erwartet auch für 2009 keine signifikante konjunkturelle

3 Sanktioniert wurde, dass die Anwendung der EU-Normen nur auf neue Mülldeponien und Verbrennungsanlagen erfolgte, anstatt wie vorgeschrieben auch auf den Altbestand ausgedehnt zu werden.

4 Die Umweltorganisation *Legaambiente* rechnet mit Kosten für die Müllentsorgung in Süditalien in den nächsten 15 Jahren in Höhe von bis zu 10 Mrd. Euro.

Belebung. Zugleich ist die Inflation so hoch wie seit 12 Jahren nicht mehr, sie lag in den ersten 3 Monaten 2008 über 3%. Wie in Deutschland, so sind auch in Italien nicht nur Brennstoffe, sondern auch Grundnahrungsmittel in jüngster Zeit deutlich teurer geworden (durchschnittlich +5% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum), hinzu kommt eine drastische Steigerung bei den Gebühren für öffentliche Dienstleistungen.

Die in den 1990er Jahren eingeleiteten Privatisierungen brachten nicht die erhoffte Konkurrenz und die davon wiederum erwarteten Preissenkungen. Vielfach wurden staatliche Monopole schlicht durch private Oligopole ersetzt, sei es im Telekommunikationssektor oder im Energiesektor. Auch die erhofften Investitionen blieben weitgehend aus, wie z.B. bei der Privatisierung der staatlichen Autobahnen durch die Benetton-Gruppe. Der private Konsum fällt vor dem Hintergrund niedriger Lohnsteigerungen seit Jahren gering aus. Im Jahr 2007 stiegen die Löhne der abhängig Beschäftigten nach Angaben des italienischen Statistikamtes *Istat* brutto um durchschnittlich 2,3%, während die Inflation im Jahresdurchschnitt 2007 bei 1,8% lag. Dabei hat Italien insgesamt ein im europäischen Vergleich äußerst niedriges Lohnniveau. Selbst der größte Arbeitgeberverband, die *Confindustria*, tritt angesichts des sprunghaften Anstiegs der Teuerungsrate 2008 inzwischen für die Erhöhung der Kaufkraft der abhängig Beschäftigten ein, um sinkende Reallöhne zu verhindern. Laut *Istat* kommen 19% der Haushalte bereits jetzt nicht mehr mit ihrem Einkommen bis an das Monatsende. Die private Verschuldung der unteren Einkommensbezieher wächst infolge dessen stetig. Dabei ist Italien nach wie vor mit seinem ökonomischen und sozialen Nord-Süd-Gefälle beschäftigt, das auch an dieser Stelle wieder zum Ausdruck kommt: Denn im Süden liegt der Anteil der Haushalte mit finanziellen Schwierigkeiten doppelt so hoch wie im Norden.

Die ungebrochen hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die mit 1,6 Billionen Euro (= 103,4% des BIP; EU-Referenzwert: 60%) höher als in Deutschland ausfällt (1,49 Billionen Euro = 67,5% des BIP), führt dazu, dass die EU trotz des seit Jahren lahmen Konsums bei öffentlichen und privaten Ausgaben weitere Sparanstrengungen verlangt. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsspielräume sind also äußerst eng, zu eng. Denn öffentliche Investitionen wären dringend notwendig, und zwar an allen Fronten. Bei den für die Zukunft entwickelter Industriegesellschaften so wichtigen Investitionen in Infrastrukturen und Bildung gehört Italien in Europa z.B. zu den Schlusslichtern.⁵ Die leistungsschwache Infrastruktur und immense

⁵ Die Resultate Italiens im Rahmen der PISA-Studie waren mehr als schlecht, eine breite Debatte über notwendige Reformen in der Schulpolitik zog dies jedoch nicht nach sich.

Bürokratie sind starke Hemmnisse für ausländische Direktinvestitionen und zentrale Ursachen für den Rückzug multinationaler Unternehmen aus Italien. Im Bereich der Informationstechnologie liegt Italien ebenfalls weit zurück, trotz steigender Nachfrage im Bereich der öffentlichen Verwaltung, wo E-Procurement, E-Learning und E-Business schrittweise an Bedeutung gewinnen. Der Gesundheitssektor ist in Südtalien in einem beklagenswert schlechten Zustand, so dass es einen regelrechten Gesundheitstourismus in den Norden gibt: Jährlich lassen sich etwa 80.000 Patienten im Norden behandeln und dabei von 67.000 Familienangehörigen begleiten. Neben Investitionen in die öffentliche Infrastruktur bedürfte es staatlicher Maßnahmen zur Ankurbelung der Binnennachfrage. Tatsächlich aber hat die Europäische Zentralbank bereits Bedenken gegen die zur Entlastung der Steuerzahler angestellten fiskalpolitischen Überlegungen angemeldet. Der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, Joaquín Almunia, dementierte postwendend Berlusconis Ankündigung im Wahlkampf, die EU habe sein Wirtschaftsprogramm bereits abgesegnet. So sind die Aussichten für Italiens Wirtschaft derzeit insgesamt eher trübe. Die Gefahr einer Stagflation, also Inflation bei gleichzeitigem Wachstumsstillstand bzw. Rezession, steht im Raum.

Die im europäischen Vergleich recht gute Arbeitslosenquote von 6,8% im Jahr 2006 (zum Vergleich: EU-27, 8,2%; EU-15, 7,8%) könnte sich dementsprechend rasch wieder verschlechtern und zur Abwärtsspirale beitragen. Bei der Arbeitslosigkeit spiegelt sich der anhaltende Nord-Süd-Dualismus besonders wider. Während in den norditalienischen Regionen Trentino-Südtirol, Aostatal, Friaul-Julisch Venetien, Emilia-Romagna und Lombardei nahezu Vollbeschäftigung herrscht (Quoten von 2,6% bis 3,7% bedeuten Bestwerte im europäischen Maßstab), ist die Lage in Südtalien trotz einer allmählichen Besserung in den letzten Jahren mit Quoten bis zu 20% signifikant schlechter. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist in Italien im europäischen Vergleichsmaßstab überdurchschnittlich hoch. Einem EU-27-Durchschnitt von 45,8% Langzeitarbeitslosen an der Gesamtheit der Arbeitslosen standen 2006 in Italien 49,2% gegenüber (Sizilien 60,1%). Neben der generellen Verfestigung von Erwerbslosigkeit ist die Jugendarbeitslosigkeit ein besonders gravierendes Problem. Mit den Regionen Kampanien (35,4%), Kalabrien (35,5%) und Sizilien (39%) finden sich nach Angaben des Statistischen Amtes der EU unter den sechs Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit in ganz Europa in der Gruppe der 15- bis 25-Jährigen gleich drei italienische Regionen (Durchschnitt EU-27 im Jahr 2006: 17,5%). Bei Frauen unter 25 Jahren liegen die Quoten sogar noch höher: 41,6%, 43,1%, 45,3% (EU-Durchschnitt:

18,0%)⁶. Die Erwerbstätigenquoten in den Regionen Süditaliens gehören zu den niedrigsten in der Europäischen Union. Dabei ist die Erwerbstätigenquote in Italien insgesamt relativ niedrig, sie liegt rund 6 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt, bei Frauen sogar um 10 Prozentpunkte⁷. Eine Steigerung der Erwerbsquoten böte erhebliches Wachstumspotenzial.

Italien bekommt aber weder dies noch sein Süd-Problem wirklich in den Griff. Die Wachstumsrate im *Mezzogiorno* lag im Zeitraum 2001-2006 mit 4,2% deutlich hinter dem Rest Italiens zurück (5,4%). Das Pro-Kopf-Einkommen im Süden liegt bei knapp 60% des Einkommens in Nord- und Mittelitalien. Die Regionen Apulien, Kampanien, Kalabrien und Sizilien gehören mit weniger als 75% des durchschnittlichen BIP nach wie vor zu den ärmsten Regionen Europas, allein in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten ist die Situation noch schlechter, und lediglich in Griechenland und Osteuropa ist die Arbeitsproduktivität geringer als in Süditalien, wobei im Unterschied zu den neuen Mitgliedstaaten im *Mezzogiorno* kein Aufholprozess registriert werden kann. Zugleich gehören mit den Regionen Aostatal, Trentino-Südtirol, Lombardei, Venetien, Emilia-Romagna und Latium gleich sechs italienische Regionen zu den reichsten und produktivsten Regionen Europas, mit über 125% des durchschnittlichen BIP in der EU.⁸

6 Vgl. Eurostat (Hg.): Statistik kurz gefasst. Allgemeine und Regionalstatistiken, No. 124/2007, Luxemburg.

7 Vgl. Eurostat (Hg.): Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen, No. 17/2006, Luxemburg.

8 Vgl. Eurostat (Hg.): Jahrbuch der Regionen 2007, Luxemburg 2007.

Abbildung 2: Die italienischen Regionen



4. Die Regierung Prodi und ihr politisches Ende – Ursachenforschung

Die oben geschilderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen sind ein erster Fingerzeig, warum die Regierung Prodi mit jedem Monat ihrer Regierungszeit an Beliebtheit eingebüßt hat. Die Regierungsbilanz ist insgesamt gemischt. Positiv wirkte zunächst, dass der von der Mehrheit der Italiener/innen nie gutgeheißenene Einsatz im Irak, den Berlusconi im Zuge der Annäherung an die USA seinerzeit hatte im Parlament beschließen lassen, von der Mitte-Links-Regierung rasch beendet wurde. Mit dem geräuschlosen Abzug der italienischen Truppen wurde ein zentrales Wahlversprechen eingelöst. Italien gewann zudem in der kurzen, 20 Monate währenden Regierungszeit Prodis an verloren gegangener internationaler Reputation zurück, wie übrigens schon

1996-1998, als Prodi Italiens Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durch unbequeme Reformen sicherstellte. Durch Prodis Regierung konnte nach 2006 von Berlusconi zerschlagenes internationales, diplomatisches Porzellan wieder geklebt werden. So hat Italien etwa an der allgemein als erfolgreich geltenden Ratspräsidentschaft Deutschlands und der Vorbereitung des EU-Vertrages von Lissabon im Hintergrund mitgewirkt.

Innenpolitisch ist die Bilanz der Mitte-Links-Koalition durchwachsen, wobei die ökonomischen Daten zunächst eindeutig deutlich besser ausfallen als die seines langjährigen Kontrahenten Silvio Berlusconi, der von 2001 bis 2006 regierte. Deutliche Signale setzte die Mitte-Links-Regierung durch effektivere Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht, was zusätzliche Milliarden in die Staatskasse spülte, oder auch durch neue Ansätze in der Energiepolitik, etwa mit dem Aktionsplan für regenerative Energien, der bis 2016 eine Reduzierung des Energieverbrauchs um 9% vorsieht und steuerliche Vergünstigungen von bis zu 55% für Investitionen in entsprechende Anlagen beinhaltet. Auch im Bereich des Verbraucherschutzes gab es kleinere Fortschritte, u.a. durch Liberalisierungen in den Sparten Mobilfunk, Versicherungen, Apotheken und Taxiunternehmen; in den beiden letztgenannten Bereichen konnten die Privilegien der Berufsverbände beschnitten werden. Hinzu kommen weitere Reformen zur Entbürokratisierung. Die Neuverschuldung wurde 2007 auf 1,9% des BIP zurückgefahren, so dass der in der Ära Berlusconi über Jahre gebrochene Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt erstmals wieder eingehalten wurde. Bis zum Jahr 2011 hatte Tommaso Padoa-Schioppa einen ausgeglichenen Haushalt angestrebt. Ende April 2008 soll das Defizitverfahren gegen Italien formell aufgehoben werden. Auch die Gesamtverschuldung Italiens wurde unter Prodi leicht reduziert. Das Wirtschaftswachstum erreichte ein Zwischenhoch, die Exporte des Landes (achtgrößter Exporteur weltweit) kamen wieder ins Laufen und das Handelsbilanzdefizit wurde nahezu halbiert. Es erfolgten politische Maßnahmen in Höhe von rund 15 Mrd. Euro für untere Einkommensbezieher (1% des BIP) sowie kleine und mittelständische Betriebe.

Insbesondere Arbeitslose und untere Einkommensbezieher konnten jedoch nicht in dem Maße vom konjunkturellen Zwischenhoch profitieren, als dass dies der Regierung hätte positiv zugeschrieben werden können. Im Gegenteil, der kurzzeitige Aufschwung kam bei vielen Menschen angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten nicht an, und dies rief wachsenden Unmut hervor. Nach 5 Jahren Berlusconi aber waren die Erwartungen bei den Wählern des Mitte-Links-Bündnisses besonders groß. Statt des großen Wurfes verfolgte Prodi eine Politik der kleinen Schritte, bis zur Unkenntlichkeit klein. Sparen

und Steuererhöhungen hier, kleinere finanzielle Erleichterungen dort. Eine wirtschafts- und sozialpolitisch klare Linie blieb aus, was z.B. beim Umgang mit den unerwartet hohen Steuereinnahmen (dem so genannten *tesoretto*) deutlich wurde. Statt zusätzlicher Sparmaßnahmen wäre eine aktive Finanzpolitik der bessere Weg gewesen, um das Wachstum zu verstetigen. Unter dem Strich ist die Steuerlast 2007 mit 43,3% des BIP die höchste in Italien seit 1997 gewesen. Zwar zeichnet sich für 2008 (43,1%) und 2009 (42,9%) eine leicht sinkende Tendenz ab, doch es überwiegt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Steuerverdross, da kaum Gegenleistungen dafür sichtbar werden: Investitionen in Forschung und Entwicklung fehlen, Gesundheits- und Verkehrswesen liegen im westeuropäischen Maßstab ganz unten. Viele Menschen bangen um ihre Zukunft. Zwischen sechs und acht Mio. Personen leben in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, vor allem junge Italiener/innen sehen kaum Zukunftschancen für sich. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist enorm schwer und erfolgt meist erst in fortgeschrittenem Lebensalter. Viele fühlen sich einer planbaren Zukunft beraubt, wobei gerade die Universitäten und damit der öffentliche Sektor mit schlechtem Beispiel vorangehen, denn dort ist schlecht oder gar unbezahlte Arbeit keine Seltenheit. Bildung schützt nur sehr bedingt vor dem „Prekariat“. Fast 70% der Stellen werden nach einer Untersuchung des Unternehmerverbandes *Confindustria* an Bekannte und Verwandte vergeben, die *raccomandazione*, die „Empfehlung“, dominiert die Realität und die viel gepriesene Meritokratie, in der Leistung über gesellschaftliches Fortkommen entscheiden soll, erweist sich – wie andernorts – als Trugbild. Auch zeigt sich Italien unter den Industrieländern unverhältnismäßig wenig egalitär. Die soziale Mobilität ist insgesamt gering. Der Gini-Koeffizient, der das Maß an Gleich- bzw. Ungleichverteilung von Einkommen angibt, ergibt für Italien unter den hoch entwickelten westlichen Industriestaaten den vorletzten Platz, gleichauf mit Großbritannien. Lediglich die USA liegen noch hinter Italien. Beim *Human Development Index* der Vereinten Nationen 2007/2008 liegt Italien zwar auf Platz 20 (und damit vor Deutschland mit Platz 22), aber doch hinter vielen anderen EU-Staaten, wie Irland, Schweden, Niederlande, Frankreich, Finnland, Spanien, Dänemark, Österreich, Großbritannien, Belgien und Luxemburg. Dabei schrumpft Italiens gesellschaftliche Mitte weiter. Die unter Berlusconi forcierte Umverteilung zu Lasten abhängig Beschäftigter ist auch unter der Mitte-Links-Koalition nicht gestoppt worden. Auf der Agenda der Regierung Prodi standen zwar Maßnahmen zur Bekämpfung des auch in Italien immer weiter um sich greifenden Phänomens, dass immer mehr Menschen trotz Arbeit in relativer Armut leben („*working poor*“), doch zu diesen Maßnahmen kam es nicht mehr.

Zur Unentschlossenheit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik kamen eine Reihe problematischer Entscheidungen Prodis und falsche Prioritätensetzung: Darunter die Tatsache, dass man nicht sofort nach Regierungsübernahme die Reform des Mediensektors durchgesetzt hat. Der Interessenkonflikt Silvio Berlusconi hätte so endlich entschärft werden können. Zum zweiten Mal also, nach den Regierungsjahren 1996-2001, hat Mitte-Links in diesem Punkt versagt. Das stattdessen zu Beginn der Legislaturperiode beschlossene Amnestiegesetz zur Leerung der überfüllten italienischen Gefängnisse (Strafminderung um drei Jahre, ausgenommen Kapitalverbrechen) löste in der Bevölkerung heftigen Protest aus (die Opposition hatte Zugeständnisse auch bei der Wirtschaftskriminalität durchgesetzt), war schlecht vorbereitet und beschädigte das Ansehen des Ministerpräsidenten und seiner Regierung nachhaltig. Das Gesetz gegen die rechtliche Besserstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften – eine Reform, die Italien im europäischen Maßstab an die Normalität herangeführt hat – brachte ebenfalls massiven gesellschaftlichen Widerstand mit sich (nicht zuletzt des Vatikans⁹) und erzeugte auch im eigenen Lager Konflikte, insbesondere mit dem christlich-konservativen Justizminister Clemente Mastella, der Prodi später zu Fall bringen sollte. Hier gilt: richtige Reform, falscher Zeitpunkt! Auf der anderen, linken Flanke seines Bündnisses hatte Prodi mit dem Widerstand der beiden kommunistischen Parteien, PRC (*Partito della Rifondazione Comunista*) und PdCI (*Partito dei Comunisti Italiani*), wie auch der Grünen zu kämpfen, als es um die Erweiterung einer US-Militärbasis in der Nähe von Vicenza ging. Die wochen-, ja monatelangen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition um den Haushalt taten ihr Übriges. Das Mitte-Links-Bündnis zeigte das von vielen erwartete Bild innerer Zerstrittenheit. Die Allianz aus Liberalen, progressiven Katholiken, Zentristen, Sozialdemokraten, Grünen und traditionellen Linken war zu heterogen, als dass eine Geschlossenheit hätte hergestellt werden können.¹⁰

9 Wie kräftig die katholische Kirche in der italienischen Politik mitmischt, zeigte Prodi Straucheln bei der Erneuerung des Afghanistan-Mandats im Februar 2007, denn das „Nein“ von Senatoren auf Lebenszeit wie Andreotti oder Cossiga in dieser Frage war nicht der Außenpolitik geschuldet, sondern eben auf das zur selben Zeit geplante Gesetz zur Gleichstellung nichtehelicher, insbesondere gleichgeschlechtlicher Partnerschaften bezogen.

10 Für eine scharfe Kritik an der zweiten Regierung Romano Prodi vgl. Travaglio, Marco: Uliwood Party. Figure e figurine, figure e figuracce del primo anno di centro-sinistra-(destra), Milano 2007.

Das Italien der Mitte-Links-Koalitionen der „Zweiten Republik“ ist damit ein hervorragendes Beispiel für die Veto-Spieler-Theorie.¹¹ Danach ist die Möglichkeit der Änderung des Status quo und damit für Reformen erstens abhängig von der Zahl der möglichen Veto-Spieler (d.h. mit zunehmender Anzahl der Akteure schwindet die Chance auf tatsächliche Reformen), zweitens von ihrer Kongruenz (d.h. die inhaltliche Nähe oder Distanz der Veto-Spieler in einzelnen Politikfeldern spielt eine Rolle) und drittens von ihrer Kohäsion (d.h. je homogener die kollektiven Akteure in sich sind, desto stärker ist ihre Veto-Macht). Tatsächlich war die Akteurszahl in der Regierung enorm groß, die einzelnen Parteien der Mitte-Links-Koalition Romano Prodis waren aufgrund ihrer geringen Größe und starken Personalisierung in sich stark geschlossen (d.h. große Kohäsion) und entsprechend machtbewusst, und zugleich lagen die politischen Positionen zwischen dezidiert linken und liberal-konservativen Parteien in vielen Politikfeldern sehr weit auseinander (d.h. geringe Kongruenz innerhalb des Bündnisses). Entsprechend wenige Reformen sind in der Folge gelungen. Damit scheint auch der alte „Traum“ der italienischen Linken endgültig gescheitert zu sein, sozialistische und katholische Kräfte dauerhaft in einem progressiven Bündnis zu integrieren.

All diese Faktoren bilden jedoch nur den strukturellen Hintergrund für die schrittweise gesunkene Popularität der Regierung Prodi. Konkreter Auslöser der Regierungskrise im Januar 2008 war, dass Clemente Mastella, Vorsitzender der konservativ-christlichen 1%-Partei UDEUR, gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen Korruption und anderer Vergehen eingeleitet wurde¹², von seinem Amt als Justizminister zurücktrat – auch wenn das so selbstverständlich in Italien nicht immer ist.¹³ Hintergrund sind Vorwürfe der Vetternwirtschaft im Zusammenhang mit der Besetzung hochrangiger Posten im öffentlichen Dienst, insbesondere im Krankenhauswesen. Kein außergewöhnliches und obendrein ein auf die Region Kampanien begrenztes Ereignis, in das seine Frau und weitere Politiker der UDEUR ebenfalls verstrickt sein sollen. Bemerkenswert aber war, dass Mastella damit den Auszug seiner Partei aus der Regierungskoalition verknüpfte, was Prodi im Senat seine hauchdünne Mehrheit von zwei Stimmen kostete. Ministerpräsident Romano

11 Vgl. Tsebelis, George: Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism, in: *British Journal of Political Science* 25, 1995, S. 289-325.

12 Vorgeworfen werden ihm ferner Unterschlagung, Amtsmissbrauch und Begünstigung sowie Komplizenschaft mit einer kriminellen Vereinigung.

13 Antonio Di Pietro (*Italia dei Valori*) war in diesem Falle die große Ausnahme, als er 1997 aufgrund eines Ermittlungsverfahrens gegen ihn (das später eingestellt wurde, weil die Vorwürfe sich als haltlos erwiesen hatten) als Minister der Regierung Prodi I zurücktrat.

Prodi verlor die Vertrauensabstimmung am 24. Januar 2008 schließlich mit dem Ergebnis von 161 Nein- zu 156 Ja-Stimmen und einer Enthaltung. Zwei Senatoren auf Lebenszeit waren der Abstimmung fern geblieben. Dass ihm letztlich auch zwei Stimmen aus dem eigenen Lager fehlten (der Liberaldemokrat Lamberto Dini stimmte ebenso wie Franco Turigliatto von der kommunistischen Splitterpartei PdCI gegen Prodi), dokumentiert den Auflösungsprozess, der bereits mit der ersten Regierungskrise am 21. Februar 2007 eingesetzt hatte, als Prodi wegen des Afghanistan-Einsatzes bereits einmal eine Vertrauensfrage verloren hatte, aber schließlich – im Einvernehmen mit Staatspräsident Napolitano – im zweiten Anlauf doch noch eine Mehrheit zustande brachte.

Die eigentlichen Ursachen für den Sturz Prodis liegen allerdings im politischen System begründet. Nach 1998, als Prodi vom linken Rand seines Bündnisses (der kommunistischen Partei PRC) zu Fall gebracht worden war, wurde er diesmal vom „rechten“ Rand seiner Wahlallianz gestürzt. Ganz ähnliche Probleme konnte man aber auch für die Regierungen Berlusconi II und III von 2001-2006 beobachten, denn auch Berlusconi wurde wiederholt in die Zange genommen, mal von Rechts durch die *Lega Nord*, mal aus der katholischen Mitte heraus durch die Zentristen der UDC (*Unione dei Democratici Cristiani e di Centro*). Beide Pole, Mitte-Rechts und Mitte-Links, sind an ihren jeweiligen Rändern instabil. Insofern war die erneute politische Krise in Italien alles andere als überraschend. Überraschend war vielmehr, dass Romano Prodi, der sich bei den Wahlen 2008 schließlich gar nicht mehr um ein Mandat im italienischen Parlament beworben hat, sich so „lange“ im Amt halten konnte und dabei sogar einige der oben genannten Reformen auf den Weg brachte. Woher aber rührt nun der Umstand, dass diese sprichwörtliche, chronische Instabilität, die seit der Gründung des Staates Italien besteht, noch immer nicht gebannt werden konnte?

5. Hintergründe der chronischen Instabilität: Politik und politische Kultur

1993 markiert, wie bereits dargestellt, das Jahr, in dem durch den aufgedeckten Schmiergeldskandal *Tangentopoli* das alte Parteiensystem der Ersten Republik zusammenbrach, per Referendum das bis dahin geltende Verhältniswahlrecht abgeschafft wurde und auch die staatliche Parteienfinanzierung wegfiel. Die anschließende Wahlrechtsreform mit dem Übergang zum Mehrheitsystem sollte eigentlich die notorische Instabilität der Regierungen beenden. Das

bewahrheitete sich jedoch nicht. Zunächst wurde das Mehrheitswahlrecht insofern verwässert, als für beide Kammern des italienischen Parlaments eine Verhältniskomponente eingeführt wurde: 25% der Sitze wurden weiterhin auf diese Weise vergeben. Ein erneutes Volksbegehren gegen diese Regelung scheiterte im April 1999 nur äußerst knapp am notwendigen Quorum; es fehlten 0,4% zur vorgeschriebenen Mindestbeteiligung von 50%. Dabei hatten sich 91,5% der am Referendum Teilnehmenden für die Beseitigung der Proporzkomponente ausgesprochen. Bedeutsamer noch als die Einführung der Proporzkomponente aber war die sich in der Praxis einstellende „Proportionalisierung des Mehrheitssystems“, indem breite Wahlallianzen mit gemeinsamen Listen gebildet wurden, die sich aber nach der Wahl wieder in ihre einzelnen Parteienbestandteile auflösten und im Parlament nicht einmal als Fraktionsgemeinschaft auftraten. Anstelle zweier großer Parteien entstanden auf diese Weise lediglich zwei große politische Lager. Ein Kennzeichen der Zweiten Republik wurde somit ein bipolares System mit Doppelstruktur aus Wahlallianzen und Parteien bei hoher Dynamik und Fluktuation infolge fortdauernder Parteienzersplitterung. Aufgrund des Mehrheitssystems bei nur einem Wahlgang mussten die Bündnisse so breit wie möglich geschmiedet werden, um siegreich zu sein. Auch die politischen Ränder versuchte man dementsprechend einzufangen. Wer auf breite Integration verzichtete, wurde sogleich mit einer Wahlniederlage bestraft, denn die Wahlergebnisse fielen in der Regel äußerst knapp aus. Bei der Wahl 2006, die allerdings unter den neuen Regeln des Verhältniswahlrechtes stattfand, betrug die Differenz zwischen den beiden politischen Lagern gerade einmal 0,06%, d.h. 25.000 Stimmen. Dabei war, unabhängig vom Wahlsystem, die Bindekraft der großen Parteien bei den Wählern eher gering. Die großen Parteien erreichten meist nur zwischen 20% und 30% Stimmenanteil, was im europäischen Vergleich klar unterdurchschnittlich ist.

Wie bereits erläutert verhinderte die Heterogenität der Regierungen infolge starker Veto-Möglichkeiten der beteiligten Parteien eine kohärente Politik. Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Parlament war der Ministerpräsident jederzeit politisch erpressbar. Deutlichstes Zeichen ist der inflationäre Gebrauch der Vertrauensfrage zur Disziplinierung der eigenen Mehrheit. Ein Kennzeichen der letzten 15 Jahre war, dass die Italiener schon an der Urne wussten, dass jedwede von ihnen gewählte Koalition bereits in den ersten Wochen in Streit miteinander geraten würde, wenn nicht gar bereits bei der Regierungsbildung. Wenn es also unzweifelhaft richtig ist, dass es Prodi insgesamt nicht gelang, eine große Linie seiner Politik erkennen zu

lassen, dann hängt das ganz wesentlich damit zusammen, dass eine Koalition aus 12 Parteien, die von ganz links bis in das Mitte-Rechts-Spektrum der Christdemokratie reichte, so etwas nahezu unmöglich macht.

In der Tat gerierten sich führende Politiker der Koalition wiederholt als Opposition in der Regierung und beteiligten sich an regierungskritischen Demonstrationen. Zwar war es Prodi gelungen, nahezu alle wichtigen Politiker seiner Koalition mit Ministerposten oder parlamentarischen Ämtern einzubinden, doch weder eine innerkoalitionäre Opposition noch das Auseinanderbrechen des Regierungsbündnisses nach gut anderthalb Jahren vermochte er dadurch zu verhindern. Damit sind wir bei einem Nebenprodukt der Parteienmacht: der Ämterinflation und damit der Aufblähung des staatlichen Apparates. Die Regierung Prodi übertraf selbst die Regierung Berlusconi II in dieser Hinsicht: Die Anzahl der Minister und Staatssekretäre lag bei 100! In Zeiten der Austeritätspolitik bedeutete dies einen weiteren Glaubwürdigkeitsverlust für Prodi im Besonderen, aber für die politisch-administrative Klasse Italiens im Allgemeinen.

Die fünf Jahre andauernde Regentschaft Berlusconis und seines Mitte-Rechts-Bündnisses von 2001 bis 2006 war in puncto Stabilität eine gewisse Ausnahme. Dass er mit einer einzigen Regierungskrise und nachfolgender Kabinettsumbildung eine volle Legislaturperiode überdauerte und die längste Regierung der Republik Italien stellte, lässt sich mit der starken Integrationsfigur Berlusconi und dem überraschend deutlichen Wahlsieg von 2001 erklären. Doch auch diese Stabilität war inhaltlich-programmatisch spätestens seit den Europa-, Regional- und Kommunalwahlen 2004, aus denen Berlusconi und seine Partei *Forza Italia* stark geschwächt hervorgingen, nur eine scheinbare.¹⁴ Denn nachdem Berlusconis Nimbus der Unbesiegbarkeit eingebüßt war, stand die Regierung auf tönernen Füßen. Keine der bisherigen drei Regierungen Berlusconis vermochte es, eine geradlinige, in sich stimmige Politik zu betreiben. Die durchschnittliche Dauer der Regierungen der „Zweiten Republik“ (beginnend im Jahr 1994 mit der Regierung Berlusconi I) ist zwar signifikant angestiegen, aber Italien liegt in diesem Punkt noch immer weit unter dem Durchschnitt und bildet unverändert das europäische Schlusslicht.

Damit sind wir inmitten der drei Kernprobleme der italienischen Politik: Das Wahlrecht zum einen und das Parteiensystem zum zweiten wurden bereits angesprochen. Hinzu kommt drittens die politische Kultur. Diese ist nach wie vor stark durch ideologische Gegensätze einerseits und Haltungs- bzw.

14 Vgl. hierzu näher Grasse, Alexander: Italienische Verhältnisse 2004. Kontinuität und Wandel im politischen System der „zweiten Republik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*; Ausgabe B 35-36/2004 (23. August 2004), S. 6-17.

Prinzipienlosigkeit andererseits geprägt. Sie zeichnet sich dabei aus durch eine geringe Fähigkeit bzw. den geringen Willen zur Zusammenarbeit, durch personenzentrierte Kleinstparteien mit ausgeprägtem Machtbewusstsein und Machtanspruch sowie durch einen Hang zur Pflege von Partikularinteressen.

Diese politische (Un-)Kultur hat sich bislang gegenüber Wahlrechtsänderungen und damit gegenüber „technischen Reformen“ resistent gezeigt. Dies führte soweit, dass die per Volksabstimmungen in den 1990er Jahren erzwungenen Teilreformen von der Regierung Berlusconi einfach zurückgedreht wurden, etwa durch die bereits angesprochene, kurz vor der Parlamentswahl 2006 beschlossene Rückkehr zum Verhältniswahlrecht. Die Geschichte der so genannten Zweiten Republik ist bislang eine der andauernden Abspaltungen, Neugründungen, Umbenennungen, Übertritte und hier und da auch der Fusionen gewesen: *pantha rhei* – alles fließt! Dazu trägt allerdings auch ein gehöriger, historisch tief verwurzelter Partikularismus in der italienischen Gesellschaft bei, der ein guter Resonanzboden für Klientelpolitik ist. Es zeigten sich bis zur Wahl 2008 viele bereit, Miniatur- und Ein-Personen- bzw. monothematische Parteien auch tatsächlich zu wählen. Auch in diesem Punkt also stellt die immense Personalisierung der italienischen Politik, die durch das Mehrheitssystem verstärkt wurde, ein Problem dar.

Für die Parteien war das bislang allerdings ein einträgliches Geschäft, denn die staatliche Parteienfinanzierung ist so großzügig wie nie. Sie erhalten im Rahmen der Wahlkampfkostenerstattung 1 Euro pro Wähler jährlich ab 1% Stimmenanteil, und zwar hochgerechnet auf die Zahl der Wahlberechtigten (ca. 47 Mio.), nicht auf die tatsächlich abgegebenen Stimmen, selbst dann, wenn kein einziger Abgeordneter ins Parlament kommt. Sinkende Wahlbeteiligungen oder verfehlte Parlamentsambitionen müssen die Parteien deshalb keineswegs schrecken. Neuwahlen sind für alle – außer für den Steuerzahler – ein Geschäft. Denn im Falle von Neuwahlen fließen die Gelder weiter bis zum eigentlichen Ende der Legislaturperiode, das bedeutet: doppelte Einnahmen für mehrere Jahre.

Die Annahme vom Ende der Parteienherrschaft (*partitocrazia*), wesentliches Merkmal der Ersten Republik, ist zumindest mit Blick auf die politische Entwicklung auf nationaler Ebene eine Schimäre. Insofern stellt sich tatsächlich die Frage, ob der Begriff von der „Zweiten“ Republik überhaupt gerechtfertigt ist. Zahlreiche Altpolitiker der Ersten Republik haben es sich

inzwischen wieder im Parlament bequem gemacht. Das Durchschnittsalter der italienischen Politiker ist das höchste in Europa, so dass von der „Gerontokratie“ die Rede ist, die Frauenquote dagegen ist europaweit die niedrigste.¹⁵

Die Politik hat inzwischen viel Kredit bei der Bevölkerung verspielt und schien nach dem historischen Umbruch von 1993 Anfang des Jahres 2008 auf einem erneuten Tiefpunkt angelangt zu sein. Privilegienwirtschaft und ständige Korruptionsaffären rücken die politische Klasse, die seit dem von Sergio Rizzo und Gian Antonio Stella im Jahr 2007 publizierten Enthüllungsbestseller „*La Casta*“¹⁶ weithin nur noch als „Kaste“ bezeichnet wird, in ein mehr als zweifelhaftes Licht. Darin werden nicht nur Privilegien, sondern auch die Kosten der staatlichen Apparate Italiens angeprangert, Kosten, die in Europa ihresgleichen suchen. Der italienische Staatspräsident ergriff daraufhin für sein eigenes Haus erste Maßnahmen: beschlossen wurden 3,5 Mio. Euro Einsparungen für die nächsten drei Jahre, wobei der Haushalt für den Quirinalspalast noch immer 227,8 Mio. Euro beträgt. Italien hat europaweit die üppigsten Abgeordnetendiäten. Europaabgeordnete z.B. bekommen ein Jahresgrundgehalt von 144.084 Euro (zum Vergleich: deutsche Abgeordnete erhalten 84.108). Das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ ist nach Wahrnehmung der Bürger allerdings äußerst schlecht. Schlimmer noch: Auch das Verhalten zahlreicher Politiker hat zum erneuten Vertrauensschwund der Politik geführt. Die Regierungsjahre Silvio Berlusconi haben hier besonderen, nachhaltigen Schaden angerichtet. Gleichwohl: Interessenkonflikte gibt es mannigfaltig, diejenigen Berlusconi zwischen Medienmacht, politischem Einfluss und ökonomischen Entscheidungen sind nur die sichtbarsten. Nicht zuletzt die Ämterkumulation ist in diesem Zusammenhang ein generelles Problem und besonderes Ärgernis für viele Italiener. Die Liste der „Sündenfälle“ ist aber noch länger: Bagatellisierung von Straftaten wie Bilanzfälschung, nachträgliche Legalisierung unrechtmäßig errichteter Gebäude (die Naturzerstörung infolge ungebremster Bauspekulation und illegaler Bautätigkeit ist immens), Gesetze *ad personam* usw., all dies hat eine „ethische Frage“ in Politik und Gesellschaft aufgeworfen, die bislang vollkommen unbeantwortet geblieben ist.¹⁷ Im

15 So protestierte etwa der 80-jährige Ciriaco de Mita, fast 45 Jahre Mitglied im Parlament, höchst empört öffentlich dagegen, dass er von Walter Veltroni anlässlich der Parlamentswahlen 2008 nicht mehr als Kandidat aufgestellt wurde und Platz für jüngeren Nachwuchs schaffen sollte. Daraufhin trat er aus der „Demokratischen Partei“ aus ... und fand sogleich ein Obdach bei der christdemokratischen UDC, die ihm in der Region Kampanien den Listenplatz 1 für den Senat gab.

16 Vgl. Rizzo, Sergio/Stella, Gian Antonio: *La casta. Così i politici italiani sono diventati intoccabili*, Milano 2007.

17 Marcello Dell'Utri, Berlusconi-Vertrauter, Senator und EU-Abgeordneter, wurde beispielsweise

Gegenteil: mangelndes Rechtsbewusstsein und der Verlust des Engagements für die Res publica breiten sich in immer breiteren Gesellschaftsschichten aus. Auch eine sprachliche Verrohung in der politischen Auseinandersetzung gehört zu den Merkmalen der zeitgenössischen italienischen Politik.¹⁸ Von „südamerikanischen Verhältnissen“ ist immer häufiger die Rede, selbst wenn das meist an der Realität vorbeigeht. Doch welch Wunder, wenn die so genannten Eliten entsprechende Negativbeispiele liefern, wenn Strafminderung oder gar Straffreiheit für bestimmte einflussreiche Personen und Gruppen beobachtet werden kann – auch bedingt durch ein ineffizientes Rechtssystem¹⁹ –, wenn verurteilte Bankiers wieder problemlos in Bankvorständen unterkommen, wenn der Korruption angeklagte Mandatsträger in der Anti-Mafia-Kommission des Parlaments sitzen und weitere 24 vorbestrafte Mandatsträger das italienische Parlament bevölkern.²⁰ Schlimmer noch: Wenn, wie gerade geschehen, ein wegen Begünstigung erstinstanzlich zu fünf Jahren Haft verurteilter Präsident der Region Sizilien, Salvatore Cuffaro, durch die Regierung in Rom formell seines Amtes enthoben wird, aber dieser davon vollkommen unbeeindruckt wenige Tage später auf der Liste der Christdemokraten (UDC) für das italienische Parlament kandidiert – und prompt in dieses einzieht; oder wenn ein anderer Präsident, Antonio Bassolino von der Demokratischen Partei Veltronis, sich in der Region Kampanien nun wegen Unregelmäßigkeiten bei der Müllentsorgung einer Untersuchung der Staatsanwaltschaft in Neapel gegenüber sieht.

erstinstanzlich wegen Unterstützung organisierter Kriminalität verurteilt, hält aber ungerührt an seinen Posten fest.

18 Angesichts der allgemeinen sprachlichen Vulgarisierung gibt es in Italien inzwischen höchststrichterliche Entscheidungen dazu, dass die Beleidigung von Politikern durchaus straffrei sein kann, da dies im Einzelfall zum „Recht auf politische Kritik“ gehören könne. Richterlich gerügt wurden auch das Verhalten und die Ausdrucksweise vieler Politiker der nationalen Ebene, deren schlechtes Vorbild in Sachen Aggressivität und Obszönität Anlass zur Nachahmung auf lokaler Ebene biete (www.sueddeutsche.de, 05.02.2008).

19 Das italienische Rechtssystem wurde 1999 von der Europäischen Kommission für Menschenrechte aufgrund überlanger Verfahren (für ein Urteil in erster Instanz können bis zu 14 Jahre vergehen) offiziell für nicht konform mit der „Europäischen Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (Art. 6) erklärt. Tatsächlich wurde Italien vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg deswegen bereits unzählige Male zu Schadensersatzleistungen an die Betroffenen verurteilt.

20 Weitere Politiker wurden in erster Instanz verurteilt, 10 Parlamentarier sind einer Verurteilung wegen Verjährung entgangen und zahlreiche weitere sehen sich Strafverfahren gegenüber. Dabei geht es in der Regel um Korruption und illegale Finanzierung, aber es finden sich auch schwerwiegendere Delikte darunter. Eine vollständige Liste der überwiegend, aber keineswegs ausschließlich aus dem Mitte-Rechts-Spektrum stammenden Volksvertreter mit Vorstrafen findet sich unter http://www.beppegrillo.it/condannati_parlamento.php.

Die deutsche „Lichtenstein-Affäre“ (von der im Übrigen auch 4.000 italienische Staatsbürger betroffen sind) ist ein Beispiel für Verhältnisse, die in Italien gehäuft auftreten und seit Jahrzehnten am Staatswesen und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nagen. Die Ironie dabei: Berlusconi, der sich als Anti-Politiker gibt, hat während seiner Amtszeit die Fortschreibung der Privilegien in Italien konsequent betrieben. Viele haben davon profitiert und deshalb seinen Kurs gestützt. Das Phänomen fehlender Moral ist äußerst verbreitet, es wächst auf einem fruchtbaren Acker. Hierzu ein Beispiel: Die Fernsehsendung „*Le Iene*“ (Die Hyänen) deckte 2007 auf, dass fast 90% aller Referenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abgeordneten im italienischen Parlament keine regulären Arbeitsverträge besitzen, sondern mit Aufwandsentschädigungen abgespeist werden. In einer Zeit, in der ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse von der Politik massiv kritisiert werden und das Thema bei den Wählerinnen und Wählern laut Umfragen als eines der drängendsten Probleme wahrgenommen wird (vgl. Punkt 7), ein durchaus folgenreicher Vorgang hinsichtlich des Verhältnisses von Parteien, Staat und Gesellschaft. Glaubwürdigkeit und Vertrauen schwinden.

Wenn der sonst so umsichtige Staatspräsident Giorgio Napolitano 2006 eine Wiederannäherung der Bürger an die Politik forderte, dann liegt er damit vollkommen falsch. Das genaue Gegenteil ist notwendig, nämlich die Wiederannäherung der politischen Klasse und des Staates an ihre Wähler. Eine am 07. Dezember 2007 veröffentlichte *Censis*-Studie²¹ hat gezeigt, dass nur noch 7,8% der Bürger Vertrauen in das Parlament in Rom haben und lediglich 29,6% in den Staat als solchen. Die Justiz mit 36,2% Vertrauenszuspruch schneidet nicht viel besser ab. Nur der Staatspräsident (56%) und die Ordnungskräfte (72,7%) haben noch vergleichsweise großen Rückhalt. Das Mittel der Volksabstimmungen hat sich inzwischen ebenfalls weitgehend abgenutzt, nachdem seit 1993 insgesamt 41 Mal davon Gebrauch gemacht wurde; in der Ersten Republik gab es ab 1948 ganze 18 Referenden. Seit 1997 sind alle „abrogativen Referenden“ gescheitert (Volksabstimmungen, die ein Gesetz ganz oder teilweise abschaffen), weil die notwendige Beteiligung von 50% der Wahlberechtigten nicht erzielt wurde. Entsprechende Initiativen, die Volksabstimmungen durch Senkung oder Abschaffung des Quorums wieder zu einer Speerspitze des Widerstandes gegen den unbändigen Beharrungswillen weiter Teile der politischen Klasse zu machen, waren bislang nicht von Erfolg gekrönt. Das Vertrauen der Bürger auch in dieses demokratische Instrument ist nicht zuletzt deshalb erschüttert, weil zahlreiche so entstandene Beschlüsse

²¹ Censis (Hg.): Il rapporto annuale 2007. XLI Rapporto sulla situazione sociale del Paese, Roma, 07. Dezember 2007; <http://www.censis.it/277/280/339/6366/cover.asp>.

schrittweise wieder von Regierung und Parlament zurückgedreht wurden (s.o.). Kennzeichen der italienischen Politik der letzten Jahre sind insofern eine gewisse Tendenz zur Restauration und Abkoppelung von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in jedem Falle aber die Halbherzigkeit von Reformen und fehlende Problemlösungen in vielen Bereichen. Das alles bleibt nicht folgenlos: So halten z.B. 68% der Italiener/innen laut der genannten *Censis*-Studie die Demokratie zwar nach wie vor für die beste Regierungsform, aber ein Drittel der Befragten würde unter bestimmten Umständen ein autoritäres Regime bevorzugen. Hat die italienische Krise eine neue Qualität erreicht?

Die wahrgenommene Ohnmacht der Bürger bricht sich jedenfalls bereits Bahn. Nur im Kontext politischer Misere, verbreiteter Amoralität und sozial schwieriger Verhältnisse ist das „Phänomen Beppe Grillo“ zu erklären. Der Satiriker und Schauspieler, der sich 2006 wortgewaltig zum Anwalt geprellter Kleinanleger gemacht hatte, hat inzwischen mit seinen Blogs ein riesiges Publikum erreicht, sie gehören zu den meist frequentierten weltweit. Blogs, die durchaus zu konkreten Aktionen führen, etwa im Zusammenhang mit der Verhinderung von Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge (insbesondere das Thema „Wasser“ spielt in Italien eine große Rolle). Blogs, die aber vor allem dazu beitragen, dass viele Menschen wieder genauer hinsehen und nachfragen und vor allem den Medien zunehmend misstrauen. Zivilgesellschaftlicher Widerstand entsteht. Grillos erklärtes Ziel aber ist größer: Er will nicht nur die Parteienherrschaft beenden, sondern die Parteien ganz zerschlagen. Im Kern geht es gleichwohl um die Forderung nach Eindämmung von Korruption und Günstlingswirtschaft, um die Wahrung bürgerlicher Freiheiten, insbesondere Informationsfreiheit, und um eine Befreiung vom wahrgenommenen Primat der Ökonomie. Grillo bedient sich zum Teil ähnlicher kommunikativer Mittel wie Berlusconi und muss sich deshalb den Populismus-Vorwurf gefallen lassen. Aber er sät dabei Zweifel und benennt schonungslos bestehende Defizite, was ihn wiederum unterscheidet. Das Mittel der Provokation ist Grillos Markenzeichen. Nichtsdestotrotz sind Aktionen wie der berühmte *„Vaffanculo-Day“*, als am 8. September 2007 bei der Zentralveranstaltung in Bologna und 250 weiteren Städten Italiens über 1 Mio. Menschen als Zeichen des Protests und der Verachtung der politischen Klasse ihre Finger zum V-Zeichen in die Höhe reckten, um *„Verpissst euch“* zum Ausdruck zu bringen, zweischneidig. Denn so werden möglicherweise antipolitische Sehnsüchte vieler Italiener weiter befördert. Etwa 28% der Bevölkerung erachten *„Anti-Politik“* als Haltung jedoch für legitim. Am symbolträchtigen 25. April, italienischer Nationalfeiertag (Tag der Befreiung), kam es kürzlich gar zu einer Neuauflage der Aktion vom

September 2007. Allerdings wurde der „V2-Day“, der auf ca. 450 Plätzen Italiens stattfand, diesmal als gezielte Demonstration für die Möglichkeit auf freie Information und gegen politisch willfährige Journalisten konzipiert (Motto: „Für freie Information in einem freien Staat“) und mit der Initiative für drei neue Volksabstimmungen verknüpft.²² Deren Ziele sind: erstens die Abschaffung des so genannten „Gesetzes Gasparri“ (No. 112 vom 03. Mai 2004) über die Neuordnung des Mediensektors und die Beseitigung des Fernsehduopols Mediaset-RAI (das von Mitte-Rechts erlassene Gesetz ermöglicht nach Meinung vieler Kritiker Berlusconis Unternehmen im Zuge der Digitalisierung eine weitere Expansion, insbesondere durch zusätzliche Werbeeinnahmen), zweitens die Beendigung der im Jahre 1925 unter Mussolini eingeführten Zwangsregistrierung von Journalisten (ohne Eintrag im Berufsregister ist eine journalistische Tätigkeit unmöglich) und drittens die Abschaffung öffentlicher Finanzierung im Verlags- und Zeitungswesen.²³ Damit wird der Protest Grillos sehr viel konkreter und konstruktiver. Sollten sich darüber hinaus die von Grillo initiierten bzw. unterstützten *liste civiche* („Bürgerlisten“) als freie Wählergemeinschaften (mit bewusst ausschließlich jungen Kandidaten im Alter zwischen 20 und 40 Jahren) auf lokaler oder gar regionaler Ebene etablieren können, erhielte Grillos Bewegung eine ganz neue Qualität, die über den aufrüttelnden Protest weit hinaus reicht und vielleicht wirklich zu Veränderungen beitragen könnte, wenn es zu *Spill-over*-Effekten auf die nationale Politik kommt.

Grillo selbst hegt keine Ambitionen auf politische Ämter. Er versteht sich als „Berater“ mit aufklärerischer Mission. Bemerkenswert ist in jedem Falle, dass nach Professoren und Intellektuellen sowie Kunstschaffenden, wie Nanni Moretti, Dario Fo, Roberto Benigni, Umberto Eco u.v.a.m., die während der letzten Regierung Berlusconis allesamt zur Verteidigung der Verfassung aufriefen und die Opposition aufgrund ihrer Untätigkeit an den Pranger stellten, nun abermals im außerparlamentarischen Bereich eine neue Leitfigur entsteht, die die Politik vor sich hertreibt. Dabei machte gerade der „V2-Day“ deutlich, dass Grillo sich tatsächlich selbst in dieser Linie der genannten Widerständler sieht, indem er formulierte: „Die Information ist unser Fluss Piave, unsere rote Linie.“²⁴ Anlässlich der Eröffnung des Gerichtsjahres hatte am 12. Januar 2002 der Generalstaatsanwalt Mailands, Francesco Saverio Borrelli, der bei

22 Grillo nutzte das Ereignis auch, um auf die ungelöste Tibet-Frage hinzuweisen und ließ Unterschriften für eine an die Vereinten Nationen gerichtete Petition sammeln.

23 Grillo verglich zur Eröffnung der Veranstaltung das italienische Informationssystem mit den Diktaturen Ceausescu und Pol Pots.

24 Vgl. *Corriere della Sera* online (www.corriere.it) vom 25.04.2008.

der Bekämpfung des Schmiergeldskandals 1993 eine herausragende Rolle eingenommen hatte, in einer Rede scharf gegen die Regierung Berlusconi und deren Politik gegenüber der Justiz protestiert. Er schloss mit dem Appell: „Leistet Widerstand, Widerstand, Widerstand (*Resistere, Resistere, Resistere!*), wie an der Grenzlinie des Piave!“ und bezog sich damit auf eine berühmte Rede des italienischen Ministerpräsidenten Vittorio Emanuele Orlando aus dem Ersten Weltkrieg. Spontan gingen Tausende Italiener auf die Straße und bildeten symbolische Menschenketten um die Gerichtsgebäude. Es war der Beginn eines breiten Bürgerprotestes gegen jedweden Versuch zur Aushöhlung der Demokratie, der sich während der Regierung Berlusconi fortsetzte und für den sich der Begriff *Girotondini* (oder abqualifizierend: *Girotondisti*) eingebürgert hat.

So erschrocken die Linke damals das Phänomen der außerparlamentarischen, zivilgesellschaftlichen Kräfte beobachtete, so teilnahmslos, gleichmütig und ratlos verhält sie sich nun gegenüber Beppe Grillo. Lediglich Antonio Di Pietro sucht mit seiner Partei *Italia dei Valori* („Italien der Werte“) die Nähe zu Grillo und unterstützt punktuell dessen Kampagnen, wie etwa den „V2-Day“ am 25. April 2008. Die weitgehende Ignoranz des Phänomens Grillo seitens der etablierten Parteien ist möglicherweise ein großes Versäumnis, ein weiteres in der langen Liste der Versäumnisse, die sich vor allem die politische Linke seit ihrer Transformation aus der kommunistischen Partei, dem *Partito Comunista Italiano*, vorwerfen lassen muss. Verzagtheit und Angst der Linken vor dem wirklichen Umbruch haben Berlusconi 1993/94 mit nach oben gespült und seinen Aufstieg begünstigt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die „Zweite Republik“ ist längst nicht mehr nur eine Frage der institutionellen Reformen. Es sind grundsätzlichere Veränderungen nötig, um die Qualität der Demokratie wieder zu verbessern. Die zentrale Frage ist, ob und wie Staat und Politik das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen können.

6. Die Mär von der Unregierbarkeit

Italien ist nicht unregierbar. Was bislang fehlte, ist der politische Wille zur Erneuerung in weiten Teilen der „Kaste“ auf nationaler Ebene. Denn seit Mitte der 1990er Jahre hat das Land auf der Ebene der 8.100 Städte und Gemeinden, 106 Provinzen und 20 Regionen insgesamt bereits deutlich stabilere und auch im europäischen Vergleich durchaus „normale“ politische Verhältnisse erlangt. Nachhaltige Veränderungen sind also möglich. Die Durchführung

von Wahlrechtsreformen, die sich an Mehrheitssystemen orientieren, und die Novellierung der italienischen Verfassung bezüglich des politischen Systems der Regionen in den Jahren 1999 und 2001 waren als Maßnahmen überaus erfolgreich. Die Instabilität des politischen Systems Italiens unterhalb des Nationalstaates, die ebenfalls ein Kennzeichen der so genannten Ersten Republik war, gehört längst der Vergangenheit an, von einigen Ausnahmen einmal abgesehen. Startschuss der für Veränderung sorgenden Reformen war die 1993 eingeführte Direktwahl der Bürgermeister und Provinzpräsidenten. Doch nicht nur die Bürgermeister und die Präsidenten der Provinzen, auch die Präsidenten der Regionen haben inzwischen eine deutlich stärkere Stellung. Sie haben an Gestaltungskraft gegenüber den Parlamenten, aber auch innerhalb ihrer Kabinette gewonnen. Vor allem aber haben sie an Unabhängigkeit gegenüber ihren eigenen Parteien gewonnen und an Einfluss im nationalen politischen Gefüge zugelegt. Davon haben die Regionen insgesamt profitiert. Im Sprachgebrauch hat sich – in Anlehnung an das US-amerikanische System – dementsprechend der Begriff „*Governatori*“ eingebürgert. Zwar haben die Regionspräsidenten durch die Verfassungsreformen der Jahre 1999 und 2001 mitnichten dieselbe Stellung wie die Gouverneure der Bundesstaaten der USA, doch kommt darin der steile Anstieg ihrer politischen Rolle im Vergleich zum Status ex ante deutlich zum Ausdruck. Auch die politische Kultur hat sich auf subnationaler Ebene stark verändert, wenn auch nicht in allen Regionen Italiens, so doch in vielen. Zivilgesellschaftliche Partizipation und Governance stehen vielerorts hoch im Kurs. Auch im Bereich der Gesetzgebung sind vielerorts Neuerungen zu verzeichnen: Eingeführt wurden u.a. Begründungspflichten für regionale Gesetze und Rechtsverordnungen, Bestimmungen zur Qualität der Rechtsetzung sowie Machbarkeitsanalysen vor der Verabschiedung von Rechtsakten und deren nachträgliche Evaluation. In manchen Regionen wurden die Beteiligungsrechte von Ausländern mit ständigem Wohnsitz in Italien erweitert, Gesetze zur Herstellung von Chancengleichheit verabschiedet, die Hürden für Volksabstimmungen gesenkt, die Mitwirkungsrechte der lokalen Gebietskörperschaften an der regionalen Politik gestärkt u.v.a.m. Gerade hat die Region Toskana z.B. nach zweijähriger Beratung ein Gesetz zum „*Mainstreaming*“ von Bürgerbeteiligung verabschiedet. Was das für die Praxis bedeutet, gilt es zu beobachten. Auch im traditionell konservativen Apulien schickt sich eine Mitte-Links-Regierung zu ähnlichen Veränderungen an, mit Nichi Vendola, einem bekennenden homosexuellen, kommunistischen Regionalpräsidenten an der Spitze – eine bis vor wenigen Jahren im Süden des Stiefels kaum mehrheitsfähige Konstellation.

Insgesamt ist die lokale und regionale Ebene seit Mitte der 1990er Jahre zu einem interessanten Laboratorium für neue Wege der Politik geworden, wenngleich mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen.²⁵ Auffällig aber ist, dass hier ganz neue Bündnisse auftauchen und neue Koalitionen erprobt werden. Der Einfluss der Parteien im lokalen Bereich ist längst nicht mehr so übermächtig wie noch zu Zeiten der Ersten Republik. Kurzum: Eine qualitative Verbesserung der Demokratie wurde teilweise schon erreicht. Was aber aussteht, und das ist das Entscheidende, ist ein Wandel im nationalen politischen System und in der gesamten politischen Kultur.

Dabei soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass auch auf nationaler Ebene qualitative Unterschiede zur „blockierten Demokratie“ der Ersten Republik unverkennbar sind. Nicht nur, dass Alternanz inzwischen an der Tagesordnung ist, auch der Zusammenhang zwischen Wählerauftrag und Regierungsbildung ist sehr viel deutlicher als ehemals und die Rollen von Regierung und Opposition sind in der zweiten, bipolar strukturierten Republik klar verteilt.

7. Wahlkampf im Zeichen des Wandels: change we can believe in?

Ähnlich wie die US-amerikanischen Vorwahlen 2008 standen auch die italienischen Parlamentswahlen in verschiedener Hinsicht für den Wechsel, zumindest rhetorisch: Walter Veltroni, nach dem Rücktritt Prodis die Leitfigur der noch jungen „Demokratischen Partei“ (*Partito Democratico*/PD), propagierte den Wandel („*cambiamento, cambiare*“) explizit und nahm damit Anleihen bei Barack Obama und dessen Slogan „*change we can believe in*“. Italien müsse sich, so der ehemalige Bürgermeister Roms, endlich entscheiden, ob es ein normales europäisches Land werden oder so weitermachen wolle wie in den vergangenen 15 Jahren. Ohne umwälzende Veränderungen sei Italien unweigerlich auf dem Weg in den Verfall. Doch auch Berlusconi versuchte mit seiner Partei „Volk der Freiheiten“ (*Popolo della Libertà*/PDL), auf der Wahlkampfklaviatur dieses Register zu spielen und sich als Erneuerer zu stilisieren. Können oder sollten wir aber tatsächlich an einen solchen Wandel glauben? Wie weit trägt dieser Anspruch programmatisch? Steht die politische Landschaft Italiens nicht viel eher in ganz anderer Hinsicht unter dem Eindruck eines Wandels? Welche Anzeichen für Veränderungen gab bzw. gibt es jenseits

²⁵ Vgl. hierzu ausführlich: Grasse, Alexander: Modernisierungsfaktor Region. Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien, Wiesbaden 2005.

der Machtfrage zwischen Berlusconi oder Veltroni in Bezug auf das politische System und auf die politische Kultur Italiens? Die folgenden Ausführungen versuchen, eine vorläufige Antwort hierauf zu geben.

Abbildung 3: Wahlwerbung des Partito Democratico mit Walter Veltroni



*„Ihr wechselt keine Regierung aus. Ihr verändert das Land.“
„Denkt daran: nicht welche Partei, sondern welches Land.“
„Kehrt nicht zurück ins Chaos. Schlagt ein neues Kapitel auf.“*

7.1 Der Wahlkampf und seine Inhalte

Die Klärung der Frage nach dem Wandel impliziert eine Analyse des Wahlkampfes, der Wahlergebnisse und deren Folgen. Nimmt man den Verlauf der Kampagnen und die Wahl- bzw. Regierungsprogramme unter die Lupe, so tritt dabei folgendes Bild zu Tage:

Nach den Entgleisungen, die sich im Senat im Anschluss an die gescheiterte Vertrauensfrage Prodis abgespielt hatten und für jedermann sichtbarstes Zeichen des vollständigen Verfalls der politischen Kultur waren²⁶, verlief der Wahlkampf zunächst überraschend sachlich und nahm erst allmählich wieder an Schärfe zu. Veltroni und Berlusconi verzichteten anfänglich weitgehend auf Polemik

²⁶ Es wurde gespuckt, geschrien, verhöhnt und beleidigt; ein Senator, Nuccio Cusumano von der UDEUR, musste nach einem daraufhin erfolgten Zusammenbruch auf einer Trage aus dem Saal gebracht werden, weil er für Prodi gestimmt hatte, die Opposition ließ derweil die Champagnerkorken knallen.

und wechselseitige Schmähungen, was angesichts einer seit über anderthalb Jahrzehnten andauernden extremen Polarisierung durchaus bemerkenswert ist. Zwei Neuheiten sind dafür verantwortlich zu machen: Erstens war Berlusconi angesichts der Umfragen, die ihm seit Ende 2007 einen stabilen Vorsprung von 7-10 Prozentpunkten bescheinigten, lange siegesgewiss, obschon von Beginn an ein Kampf um Umfragezahlen und deren Interpretation entbrannte. Zweitens trat mit Veltroni ein Nachfolger Prodis auf den Plan, der sich vom Politikertypus weniger zur Polarisierung eignet. Veltroni hatte gleich am Anfang angekündigt, im Falle eines Wahlsieges die Präsidentschaft in Senat- oder Abgeordnetenversammlung der Opposition zu überlassen (anders als Prodi, der auf beiden Posten beharrte), ebenso den Vorsitz in parlamentarischen Kontrollkommissionen der Opposition zuzubilligen. Auch der Vorschlag einer Reform der Geschäftsordnung des italienischen Parlaments, die auf ein Verbot zielt, dass Abgeordnete während einer Legislaturperiode neue parlamentarische Gruppen oder Fraktionen bilden, brachte eine gewisse Annäherung an Berlusconi. Bereits im Herbst 2007 hatten Veltroni und Berlusconi erste Gespräche miteinander geführt, was insofern bemerkenswert ist, als Prodi und Berlusconi jahrelang nicht inhaltlich miteinander kommuniziert hatten; außer in der „institutionellen Phase“, als Prodi EU-Kommissionspräsident und Berlusconi Ministerpräsident war. Angesichts der neuen Dialogbereitschaft beider Seiten argwöhnten bereits viele, hier werde von Veltroni und Berlusconi bereits eine Große Koalition vorbereitet. Veltroni zeigte sich in der Öffentlichkeit in jedem Fall demonstrativ kompromissbereit und dokumentierte an jeder nur möglichen Stelle, einen neuen, ruhigeren Stil in die Politik bringen zu wollen.

Berlusconi schwang dann aber schließlich doch noch die anachronistische „Anti-Kommunismus-Keule“ und versuchte sich in beständiger Provokation und Polarisierung.²⁷ In diesem Kontext forderte Berlusconi gar Staatspräsident Giorgio Napolitano zum Rücktritt auf, sollten sich die politischen Mehrheitsverhältnisse ändern. Zumindest sei es eine Bedingung, damit die Opposition den Senatsvorsitz übernehmen könne. Berlusconi bezichtigte aber nicht nur Napolitano, sondern auch dessen Vorgänger Carlo Azeglio Ciampi der Parteinarbeit für die Linke. Auch Innenminister Giuliano Amato habe, so Berlusconi, seine Koalition im Wahlkampf 2008 benachteiligt, indem die Splittergruppe der *Democrazia Cristiana* (DC) um Giuseppe Pizza, Bündnispartner Berlusconis, aufgrund ihres mit der UDC verwechselbaren

27 Hierzu zählten etwa das öffentliche Zerreißen des Wahlprogramms der Demokratischen Partei sowie Äußerungen Berlusconis über Veltroni, wie die folgende: „Die Lüge ist sein Geschäft“; vgl. *Corriere della Sera* online vom 05.03.2008 (www.corriere.it).

Parteysymbols nicht zur Wahl zugelassen wurde. Die Senatoren auf Lebenszeit mahnte Berlusconi, im Falle seines Wahlsieges die sich ändernden Machtverhältnisse anzuerkennen und nicht gegen seine neue Regierung zu votieren. Die Presse und die Gewerkschaften seien ebenfalls gegen ihn, die RAI sei ohnehin in den Händen der Linken. Berlusconi griff auf das altbekannte Rollenmuster zurück, bei dem er sich zum Märtyrer stilisiert: „Berlusconi gegen den Rest Italiens und der Welt“.

Veltroni versuchte die Provokationen ins Leere laufen zu lassen und erwiderte die Angriffe lediglich einmal, indem er Anfang April 2008 einen Brief an seinen Widersacher Berlusconi schrieb, in dem er diesen aufforderte, ein öffentliches Treuebekenntnis zur Republik und ihrer Verfassung abzulegen. Berlusconi solle die Einheit der Nation bekräftigen und jede Form von tatsächlicher oder angedrohter Gewalt öffentlich ablehnen. Hintergrund dessen war der Umstand, dass *Lega Nord*-Chef Umberto Bossi dazu aufgerufen hatte, „die Gewehre in Stellung zu bringen“ gegen das „verkommene Rom“ und Berlusconi diese erneute Entgleisung seines Bündnispartners unkommentiert gelassen hatte.

Trotz der Rede vom „Wandel“ verlief der Wahlkampf weitgehend unspektakulär. Es dominierten innenpolitische Themen, wobei große Kontroversen jedoch ausblieben. Zunächst gelang es Veltroni, stets einen Schritt schneller im Wahlkampf zu sein. Anstatt als Herausforderer zu agieren, wurde Berlusconi dazu gezwungen zu reagieren statt zu agieren. So trat Berlusconi am 29. Februar 2008 z.B. erst eine Woche nach Veltroni mit seinem Wahlprogramm an die Öffentlichkeit, Titel: „Italien, steh auf! 7 Aufgaben für die Zukunft des von der Linken in die Knie gezwungenen Landes“. Dementsprechend bezichtigte er Veltroni, dieser habe das eigene 12-Punkte-Wahlprogramm zur Hälfte von ihm abgeschrieben.²⁸ Das Programm der Demokratischen Partei sei nichts anderes als die „etatistische Variante des Programms des Mitte-Rechts-Bündnisses“. Veltroni bezichtigte Berlusconi seinerseits des Plagiats. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Übereinstimmungen in den Programmen, Überschneidungen, die so groß waren, dass in der Öffentlichkeit bereits das Wort vom „*Veltrusconismo*“ ging.

28 Das Wahlprogramm der Demokratischen Partei verzichtete diesmal auf die Opulenz des vorangegangenen Programms von über 200 Seiten, mit dem Mitte-Links im Jahr 2006 in den Wahlkampf gezogen war.

Steuern und Finanzen

Besonders auffällig war, dass beide Programme im Kern auf Steuersenkungen setzten, wobei die Absichtsbekundungen Berlusconis deutlich weiter gingen als diejenigen Veltronis. Berlusconi versprach dem Wahlvolk, die Belastung durch Steuern und Abgaben auf unter 40% des BIP zu senken. Er plädiert langfristig für einen Steuerhöchstsatz von 30% des Einkommens. Steuerbelastungen von 50% und mehr seien, so Berlusconi, ein Skandal und Steuerflucht und Steuerhinterziehung in diesem Falle gar legitime Schritte von Unternehmen. Im Endspurt des Wahlkampfes überbot sich Berlusconi schließlich beinahe täglich selbst mit neuen Ankündigungen: Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuern, Steuerfreiheit für Überstunden und das 13. Monatsgehalt, Abschaffung der Grundsteuer für das selbst genutzte Wohneigentum (*Imposta comunale sugli immobili/ICI*), Rückführung der regionalen Wertschöpfungssteuer (*Imposta regionale sulle attività produttive/IRAP*), Reduzierung der Mehrwertsteuer im Tourismussektor, Wegfall der Kfz-Steuer sowie mehrjährige Steuerbefreiung für Jungunternehmer. Schließlich versprach er den Italienern, ihnen einmalig das Geschenk eines steuerfreien Monats zu machen: Berlusconis „Monat der Freiheit“. Da war er also wieder, der Populist Berlusconi. Mit einigen dieser Forderungen hatte Berlusconi bereits im letzten Wahlkampf stark gepunktet. In keinem Fall sollten nach Auffassung des *Cavaliere* die Steuern auf Gewinne aus Kapital erhöht werden, obwohl sie im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich sind.

Veltroni zog dagegen durchaus eine maßvolle Anhebung von Steuern auf Kapitaleinkünfte in Erwägung. Zugleich aber versprach er Senkungen bei der Einkommensteuer um jährlich 1%-Punkt für den Zeitraum 2009-2011. Insbesondere eine Entlastung im Bereich unterer und mittlerer Einkommen wurde in Aussicht gestellt. Darüber hinaus setzte er auf die Verbesserung der Steuermoral durch konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Damit knüpfte er an die Politik Prodis unmittelbar an. Im Programm der Demokratischen Partei Veltronis fanden sich darüber hinaus Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen, etwa Steueranreize für Unternehmen zur Beschäftigung von Frauen. Im Bereich der Steuerpolitik wurde zudem die Verwirklichung des „Fiskalföderalismus“ im Sinne einer größeren Steuerautonomie der Regionen und lokalen Gebietskörperschaften postuliert. Wie das genau aussehen soll, blieb allerdings offen. Ähnliche Aussagen waren diesbezüglich auch in Berlusconis Programm zu finden, wobei hier ausgeführt wurde, dass regionale Unterschiede beim Steueraufkommen nicht mehr nivelliert, sondern nur noch teilweise ausgeglichen werden sollen. Die Frage nach der Finanzierung all der versprochenen Steuersenkungen und

beabsichtigten öffentlichen Ausgaben beantwortete Berlusconi in seinem Wahlprogramm mit der konsequenten Veräußerung öffentlichen Eigentums von Staat, Regionen, Provinzen und Kommunen in Form von Aktien, öffentlichen Unternehmen, Immobilien, Krediten und Konzessionsrechten. Das öffentliche Vermögen bezifferte er auf 700 Mrd. Euro.

Veltroni forderte statt einer Forcierung der Privatisierung – obschon auch er den weiteren Verkauf staatseigener Immobilien im Grundsatz befürwortet – die weitere Haushaltskonsolidierung durch Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen, insbesondere durch Ausgabenkürzungen im konsumptiven Bereich des Staates, und zwar um 0,5% des BIP im ersten Regierungsjahr und jeweils 1% in den beiden darauffolgenden.

Arbeitsmarkt und Beschäftigung

In der Arbeitsmarktpolitik enthielt Berlusconis Programm das Ziel der Vollbeschäftigung, wobei jedoch keinerlei Maßnahmen im Sinne öffentlicher Intervention vorgeschlagen wurden. Veltroni wie auch Berlusconi thematisierten die Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, z.B. durch Steuervergünstigungen bei unbefristeter Einstellung von Arbeitnehmern. Nur die Demokratische Partei aber forderte eine gesetzliche Begrenzung von Befristungen auf zwei Jahre. Berlusconi diskreditierte sich und seine Partei allerdings in der Frage der Bekämpfung des „Präkariats“ stark, indem er im Wahlkampf während einer Fernsehsendung auf die besorgte Frage einer jungen Frau, wie sie denn unter den gegebenen unsicheren, wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen eine Familie gründen solle, lapidar mit der Bemerkung antwortete: „Wer keine feste Stelle hat, der soll sich eben den Sohn Berlusconis angeln oder jemanden ähnlichen, der keine solchen Probleme hat.“ Dies trug ihm vielfältige Kritik ein. Wenige Tage später wurde die Frau auf der Liste des Mitte-Rechts-Bündnisses bei den Kommunalwahlen in Rom als Kandidatin präsentiert, diese allerdings lehnte nach anfänglicher Zusage schließlich den Listenplatz ab. Die Frage des so genannten Präkariats war einer der wesentlichen programmatischen und „ideologischen“ Differenzen. Veltroni glaubt hierin eines der gravierendsten Probleme des Landes vor sich zu haben und sprach von „Tragödie“, wohingegen Berlusconi das Phänomen zu bagatellisieren versuchte.

Die Schaffung höherwertiger Arbeitsplätze stand auf der Agenda beider großen Parteien. Zentraler Punkt war die Sicherheit am Arbeitsplatz, ein seit Jahren viel diskutiertes Thema angesichts verbreiteter Missstände und zahlreicher als „Unglücke“ dargestellten Arbeitsunfälle. Berlusconi setzte bemerkenswerterweise auch hier auf „Steueranreize“, um die Sicherheit

am Arbeitsplatz zu verbessern, anstatt auf Vorschriften und Kontrollen zur Einhaltung derselben. Beide Kontrahenten erhoben die Forderung nach verstärkter Teilhabe von Jugendlichen, älteren und behinderten Menschen. Abweichungen gab es allerdings in der Konkretion arbeitsmarktpolitischer Vorhaben. Steueranreize für Unternehmen sollten nach Auffassung der Demokraten z.B. einen Mindestlohn von 1.000-1.100 Euro netto gewährleisten. Berlusconi's Bündnis hatte nichts hierzu im Programm. Auch erhob nur die Demokratische Partei die Forderung nach Lohnerhöhungen, um dem Kaufkraftverlust etwas entgegen zu setzen.

Sozialpolitik

Sozialpolitisch wichen die Programme nicht gravierend voneinander ab, wenngleich das Programm der Demokraten etwas konkreter ausfiel. PD-Chef Veltroni propagierte die Beseitigung der Armut von Minderjährigen und eine Erhöhung der Geburtenrate, die zu den niedrigsten in ganz Europa zählt. Im Fokus standen hier familienpolitische Maßnahmen, wie z.B. eine Steuerermäßigung für das Erstgeborene von 2.500 Euro jährlich, progressiv ausgestaltet für jedes weitere Kind. Ganztagesbetreuung in Grundschulen und Verbesserungen bei Krippenplätzen standen ebenfalls bei den Demokraten auf der politischen Tagesordnung: avisiert wurde eine Erhöhung von derzeit 6% auf 25% binnen fünf Jahren.

Berlusconi's Partei machte sich für eine Reduzierung der Mehrwertsteuer auf typische Babyartikel stark und forderte ebenfalls einen „Baby Bonus“ in Höhe von 1.000 Euro für jede Geburt. Zudem wurden intensivere Maßnahmen zur Schwangerenberatung vertreten, um die Zahl der Abtreibungen zu verringern. Hinzu kommt ein Bekenntnis zur Bedeutung des „dritten Sektors“.

Darüber hinaus versuchte man in beiden Lagern mit dem Versprechen einer Erhöhung der Kleinstrenten zu punkten; so stellte etwa Veltroni für über 65-Jährige mit Renten unter 2.000 Euro im Monat eine Erhöhung um 400 Euro jährlich in Aussicht, was angesichts der Tatsache, dass dies bereits im Regierungsprogramm Prodis gestanden hatte, aber nicht umgesetzt wurde, bei vielen Wählern jedoch den Verdacht bloßer Wahlkampfretorik nahe legte. Die Konzertierung mit den sozialen Gruppen, der Dialog mit der Zivilgesellschaft und das kommunale Wahlrecht für Einwanderer und 16-Jährige tauchten nur im Programm der Demokraten auf, nicht aber im Konzept des „Volks der Freiheiten“.

Berlusconi propagierte ein Programm, um jungen Menschen und Familien bei der Gründung eines eigenen Hausstandes zu helfen und kündigte Mietbeihilfen in Form einer partiellen Steuerabzugsfähigkeit von Mietzinszahlungen für junge

Paare an. Hintergrund ist der Umstand, dass Mietwohnungen in Italien rar und deshalb teuer sind. Lediglich 13% der Familien besitzen kein Wohneigentum, welches allerdings wiederum aufgrund hoher Immobilienpreise kaum mehr erschwinglich ist.

Veltroni plädierte für ein soziales Wohnungsbauprogramm. Die Erhöhung des Anteils an Mietwohnungen stand dabei an erster Stelle, 700.000 neue Mietwohnungen mit erschwinglichen Preisen (zu 300-500 Euro) sollten entstehen. In einem ersten Schritt sollten Mittel in Höhe von drei Mrd. Euro für den Bau von 100.000 neuen Wohnungen bereitgestellt werden. Zugleich sagte man im Lager der Demokraten der illegalen Vermietung den Kampf an.

Mezzogiorno

Beide Wahlprogramme, das von PD und PDL, enthielten Vorschläge zur Süditalienpolitik. Dabei blieben sie jedoch gleichermaßen vage: Während Berlusconi auf ein Set an Maßnahmen wie Kulturförderung, Tourismus, die Schaffung neuer Forschungszentren und ein Infrastrukturprogramm setzte (insbesondere den Hafenausbau und die Wiederbelebung des von Mitte-Links eingestellten „Mammut-Projektes“ einer Brücke vom italienischen Festland nach Sizilien), forderte Veltroni eine Überarbeitung und Bündelung der Förderprogramme, propagierte gleichermaßen pauschal eine Innovations- und Wachstumsförderung und verkündete das Ziel, Süditalien zu einem Knotenpunkt in der Mittelmeerpolitik machen zu wollen. Entsprechende Ankündigungen für mehr Investitionen in die Infrastruktur Süditaliens standen auch im Programm der Demokraten.

Innere Sicherheit

Zu finden war bei beiden Lagern auch das Thema „innere Sicherheit“, das im Wahlkampf allerdings auch andere Parteien aufgriffen, wie z.B. die Christdemokraten der UDC. Mitte-Rechts forderte vermehrte Investitionen bei der Polizei und im Bereich illegaler Einwanderung die Erhöhung der Zahl der Aufnahmelager, um die Erkennung und Ausweisung illegaler Immigranten zu beschleunigen. Die Förderung von Sprach- und Bildungskursen für Einwanderer wurde ebenfalls genannt. Überdies tauchen im Programm des PDL die Ankündigung eines konsequenten Vorgehens gegen Verstöße so genannter „autonomer Gruppen“ sowie Strafverschärfungen für Gewalttaten gegen Ordnungskräfte auf. Interessant ist die geforderte Beschränkung polizeilicher Abhörmaßnahmen auf schwere Straftaten und das Verbot der Veröffentlichung von Abhörprotokollen, wobei Zuwiderhandlungen unter strenge Strafen gestellt werden sollen. Dieses Thema ist seit langem umstritten, kamen doch

dadurch in den letzten Jahren erst zahlreiche Skandale und Straftaten ans Licht der Öffentlichkeit. Journalisten wie Marco Travaglio, einer der populärsten Widersacher Berlusconis, plädieren deshalb energisch für die Beibehaltung des Status quo in dieser Frage.

Auch die Demokratische Partei warb mit der Bekämpfung der Kriminalität durch Investitionen in die Sicherheitskräfte, mit einer Verkürzung von Strafverfahren und der Verringerung von Verjährungen. Eine Reform der Justizverwaltung sollte ebenso erfolgen. Besonderes Augenmerk im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung sollte mit Hilfe eines Aktionsplanes der Verhinderung von Gewalt gegen Frauen geschenkt werden. In diesem Punkt setzte Berlusconi auf Strafverschärfung. Während Walter Veltroni offen das Thema „organisierte Kriminalität“ ansprach und hier eine konsequente Verfolgung angekündigt hat, taten sich Exponenten des Mitte-Rechts-Bündnisses, wie Berlusconi und sein Intimus Marcello Dell'Utri, mit Bemerkungen hervor, in denen verurteilte Mafiosi wie Vittorio Mangano als Helden bezeichnet wurden, da sie sich einer „politisierten Justiz“ widersetzt und falsche Anschuldigungen gegen Politiker der Mitte-Rechts-Koalition unterlassen hätten.

Dies konterkariert offenkundig mühsame zivilgesellschaftliche Anti-Mafia-Initiativen, wie etwa die Bewegung „Addiopizzo“, eine Vereinigung junger Sizilianer und Geschäftsleute gegen Schutzgelderpressungen oder Initiativen von Unternehmerverbänden, welche Mitgliedern mit Ausschluss drohen, wenn diese nachweislich Schutzgeld an die Mafia gezahlt haben.

Abbildung 4: Wahlplakat der christdemokratischen Partei UDC zum Thema Kriminalität



„Es ist Zeit für ein sichereres Italien. Casini: Das Italien von morgen“

Energiepolitik

In der Energiepolitik gibt es eine Reihe von Übereinstimmungen. Beide Lager plädierten in ihren Programmen für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, wobei die Demokraten sehr viel konkreter in ihren Zielen waren, wenn sie einen 20%-Anteil regenerativer Energien an der Energieversorgung Italiens forderten. In einem Punkt unterscheiden sich die Positionen allerdings diametral: Nach zwei Jahrzehnten kaum nennenswerter Debatte ist Berlusconi offen für den Bau von Atomkraftwerken im bislang kernkraftfreien Italien eingetreten. Ein Referendum von 1987 hatte dafür gesorgt, dass Italien nie in die Kernenergie eingestiegen ist. Berlusconi erklärte die Atomkraft nun zur „Energie der Zukunft“.

Bildung, Wissenschaft und Forschung

In der Bildungspolitik wurden weitere Unterschiede erkennbar. Während Berlusconi seine alte Forderung nach den drei „i“ wieder aus der Schublade holte, nämlich *inglese* (Englisch), *impresa* (Wirtschaftsunterricht und Unternehmergeist) und *informatica*, er bedürftigen Familien Lehrmittelfreiheit bis zum 18. Lebensjahr in Aussicht stellte, Privatschulen verstärken und zugleich den finanziellen Aufstieg von Lehrkräften leistungsabhängig gestalten will, machte Veltroni generell den Ausbau der staatlichen Schulen bis 2010 zu einem zentralen Punkt seines Wahlprogramms. In der Hochschulpolitik gab es gravierende Unterschiede: Veltroni setzte im Wesentlichen auf Exzellenzprogramme, während Berlusconi eine Umwandlung der staatlichen Universitäten in Stiftungshochschulen befürwortet.

Justiz

Abweichende Positionen wurden auch an anderer Stelle sichtbar. Da forderte Mitte-Links z.B. das Verbot der Kandidatur für politische Ämter von Personen, die wegen Pädophilie, Korruption oder Vergehen im Bereich der organisierten Kriminalität verurteilt wurden.

Ganz anders dagegen Berlusconis Position: Er schlug eine an das angelsächsische Modell angelehnte Justizreform vor, womit er die Alleinzuständigkeit von Schwurgerichten in schweren Strafsachen (mit Strafen über fünf Jahren Haft) meinte. Ein „liberales Rechtsmodell“, so Berlusconi, mit einem Vorsitzenden Richter und neun Geschworenen, sei für Italien der richtige Weg, denn „das würden die Italiener ja bereits aus dem Fernsehen gut kennen“²⁹; Hintergrund ist die Vorstellung Berlusconis, dieses Modell werde

²⁹ *Corriere della Sera* online vom 21.02.2008 (www.corriere.it). In Strafsachen besteht bislang eine konkurrierende Zuständigkeit zwischen den „Oberlandesgerichten“ (*Corte di appello*) und

zu einem größeren Ausgleich zwischen Verteidigung und Anklage führen, sei die Verteidigung doch bislang in Italien zu schwach, so die Argumentation. In diesem Kontext stehen die ebenfalls geforderte Abschaffung der Prozesse zweiter Instanz (*processo d'appello*, entspricht einem Berufungsverfahren bei einem Oberlandesgericht in Deutschland) sowie eine Zivilrechtsreform. Damit taucht ein Leitmotiv der ersten drei Regierungen Berlusconi auf: der Konflikt zwischen der Politik und einer als zu mächtig und politisiert dargestellten Justiz. 11 der 15 Verfassungsrichter stünden politisch gegen ihn, behauptete Berlusconi. Er drohte, Italien zu verlassen, sollten abgehörte Telefongespräche von ihm an die Öffentlichkeit gelangen. Schließlich schlug er im Wahlkampf sogar vor, Richter und Staatsanwälte regelmäßigen psychologischen Tests zu unterziehen.

Politisch-administrative Reformen

Hinsichtlich der Reformen des politisch-administrativen Systems plädierte die Demokratische Partei für eine seit Jahrzehnten debattierte Maßnahme, nämlich die Verschlingung des Regierungsapparates durch eine Parlamentsreform, die zu einer Reduzierung der Sitze in der Abgeordnetenkammer von 630 auf 470 führt und die Anzahl der Sitze im Senat von 315 auf 100 Sitze begrenzt. Dabei soll der Senat zu einer Kammer der subnationalen Ebenen werden soll. Wie das genau aussehen soll, blieb jedoch offen. Die Regierung schließlich sollte nach Vorstellung der Demokraten auf zwölf Ministerien beschränkt werden.

Zu all dem fand sich im Wahlprogramm von Berlusconi „Volk der Freiheiten“ nichts. Inmitten des Wahlkampfes lancierte Berlusconi dann aber die Idee, die 106 Provinzen Italiens abzuschaffen (der Bündnispartner *Legha Nord* ist strikt dagegen), nachdem eine kurz zuvor veröffentlichte Studie die immensen Verwaltungskosten gerade auf dieser Ebene offenbart hatte. Die Debatte um die Auflösung der Provinzen ist jedoch so alt wie der italienische Nationalstaat selbst und eine Scheindiskussion.

Außenpolitik

Die Außenpolitik hatte im Wahlkampf 2008 keine besondere Bedeutung, es dominierten klar innenpolitische Themen. Berlusconi äußerte sich im Wahlkampf kaum zur Außenpolitik. Er forderte lediglich den Rückzug der italienischen Truppen aus dem Libanon. Im Wahlprogramm der Mitte-Rechts-Koalition tauchte die Außenpolitik erst gar nicht auf.

den „Schwurgerichten“ (*Corte d'assise*), bestehend aus zwei Berufsrichtern und sechs Schöffen, die in den gesetzlich zugewiesenen Strafsachen in erster Instanz sowie als *Corte d'assise d'appello* in zweiter Instanz zuständig sind.

Die Demokratische Partei schrieb sich dagegen eine aktive Beteiligung am Prozess der Vertiefung der EU auf ihre Fahnen, wobei sie einen Schwerpunkt bei der EU-Afrika-Politik und generell im Mittelmeerraum sah. Hier sollte Italien eine politische und wirtschaftliche Führungsrolle übernehmen. Zugleich wurde im Wahlprogramm ein transatlantisches Bekenntnis abgelegt. Darüber hinaus wurde eine Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungshilfe angestrebt, die bislang nur bei 0,2% des BIP liegen.

Medienpolitik

Die Demokratische Partei forderte zum wiederholten Male die Neuordnung des Mediensektors, ein Punkt, den Berlusconi verständlicherweise für nicht notwendig erachtet bzw. bereits durch das unter seiner Regierung erlassene „Gesetz Gasparri“ für gelöst hält. Dementsprechend beschränkte sich sein Wahlprogramm an dieser Stelle auf allgemein formulierte Ziele wie: „europäische Regelungen, Pluralismus und Konkurrenz sowie Übergang zu digitaler Technologie“.

Die Forderung der Demokraten nach der Beseitigung des Duopols *Mediaset*-RAI und nach einem größeren Pluralismus ist zwar richtig, sämtliche Mitte-Links-Parteien leiden hier jedoch unter einem Glaubwürdigkeits- bzw. Kompetenzverlust, nachdem sich Mitte-Links-Bündnisse hierzu bereits mehrfach nicht in der Lage gezeigt haben. Die Mehrheit der Italiener fordert jedoch entsprechende Reformen. 80% meinten bei einer nicht-repräsentativen Umfrage des *Corriere della Sera*³⁰ Ende Februar 2008, dass der Interessenkonflikt Priorität im Programm der Demokratischen Partei haben sollte.

Der Anspruch auf Lösung des Interessenkonfliktes wurde auch vom Partner der Demokratischen Partei, Antonio Di Pietro, Ikone der justiziellen Aktion *mani pulite* (saubere Hände) gegen die Korruption der so genannten „Ersten Republik“, erklärt. Seine Partei „Italien der Werte“ forderte die Begrenzung von Berlusconis Konzern *Mediaset* auf einen einzigen Kanal, plädierte aber auch für die Begrenzung der staatlichen Sendeanstalt RAI auf einen Kanal, und zwar ohne Werbung. Aus dem Lager Berlusconis wurde sogleich gekontert, dass dies zahlreiche Arbeitsplätze bei *Mediaset* vernichten würde. Insgesamt aber spielte das Thema im Wahlkampf eine geringe Rolle. Veltroni ging auf seinen Veranstaltungen kaum darauf ein.

30 *Corriere della Sera* online vom 21.02.2008 (www.corriere.it).

Dennoch war die mangelnde Chancengleichheit im Wahlkampf ein Thema, nicht zuletzt deshalb, weil die Aufsichtsbehörde AGCOM (*Autorità per le garanzie nelle comunicazioni*) eine überproportionale Präsenz Berlusconi und seines Wahlbündnisses in den Nachrichtensendungen feststellte und entsprechende Abhilfe forderte.

Abbildung 5: Wahlwerbung der Partei *Italia dei Valori* (Italien der Werte) gegen die Privilegien von Politikern



„Wir haben der Politik das Fett abgeschnitten. Jetzt schneiden wir das Faule heraus. Verurteilte raus aus dem Parlament!“

Abbildung 6: Berlusconi's Partei-Logo und eine entsprechende Satire zum Problem vorbestrafter Politiker



„Das Volk der Freiheit: Berlusconi Präsident“

„Das Volk der Straffreiheit: Berlusconi Präsident“

Berlusconi versuchte insgesamt auffallend klar, eine Kontinuität zu seiner fünf Jahre währenden letzten Regierungszeit herzustellen, die er als erfolgreich darzustellen bemüht war. Das Interregnum Prodis sei gewissermaßen ein Betriebsunfall gewesen. Die Legitimität der Mitte-Links-Regierung hatte er vom ersten Tag an beharrlich in Zweifel gezogen angesichts des knappen Wahlausgangs bei den Wahlen 2006. Hierzu passt Berlusconi's Ankündigung im Wahlkampf 2008, zahlreiche Entscheidungen der Regierung Prodi revidieren zu wollen. Allerdings hat Berlusconi diesmal bewusst auf großspurige Versprechungen verzichtet, „Wunder“: Fehlanzeige! Die Bilanzen seiner bisherigen Regierungen standen dem wohl auch aus Sicht des *Cavaliere* entgegen. Zudem wollte er ebenso große Erwartungen wie die, denen sich Prodi gegenüber sah, wohl nicht wecken. Berlusconi sagte anlässlich der offiziellen Eröffnung seines Wahlkampfes am 08. März 2008 in Mailand: „Ich bin sehr besorgt über die Art und Weise, mit der man uns überall in Italien begegnet. Es gibt eine so große Erwartungshaltung, dass ich manchmal denke, alle glauben wir hätten einen Zauberstaub: Leider hat den niemand.“³¹ Zwar verkündete er vollmundig, die akut von der Insolvenz bedrohte staatliche Fluggesellschaft *Alitalia* (1 bis 1,5 Mio. Euro Verlust pro Tag) durch Gründung eines italienischen Konsortiums vor dem Ausverkauf an *Air France/KLM*

31 *Corriere della Sera* online vom 08.03.2008 (www.corriere.it).

retten zu wollen und damit über 2.000 Arbeitsplätze zu sichern, doch hatte er dies bereits 2004 als Regierungschef versprochen, ohne dass etwas geschehen wäre. Berlusconi blieb generell häufig im Vagen, setzte seine Positionen unter einen Finanzierungsvorbehalt und gab überwiegend den Realpolitiker, obschon er auf die zahlreichen steuerlichen Versprechungen, von denen bereits die Rede war, zum Ende des Wahlkampfes hin nicht verzichten mochte.

Berlusconi wies absichtsvoll auf die schwierige Situation Italiens und auf die Risiken einer möglichen weltwirtschaftlichen Talfahrt hin. Interessant zu sehen ist jedoch, dass im Lager Berlusconis trotz des oben genannten wirtschaftsliberalen Grundbekenntnisses Absetzbewegungen vom Liberalismus der reinen Lehre zu beobachten sind, die zu einem größeren Dissens innerhalb des liberal-konservativen Lagers führen dürften, aber auch das Mitte-Links-Spektrum beeinflussen könnten. So hat Giulio Tremonti, wirtschaftspolitischer Vordenker Berlusconis und Finanzminister im Kabinett Berlusconis, zuletzt energisch für protektionistische Maßnahmen gegenüber dem ungezügelter Kapitalismus fernöstlicher Provenienz plädiert, um das ökonomische und soziale Gefüge Westeuropas im Gleichgewicht zu halten. Sollte er sich mit dieser Position in Italien durchsetzen können, würde sich Italien nicht nur absetzen von den gängigen Positionen anderer liberal-konservativ geprägter Regierungen in Europa. Es käme auch zu einer Verkehrung bisher gepflegter ökonomischer Positionen zwischen Mitte-Rechts und Mitte-Links, denn die Demokratische Partei schickt sich unter Veltroni ja gerade an, eine globalisierungsfreundliche, angebotstheoretisch unterfütterte Politik zu propagieren. Tremonti fordert in seinem Buch „*La paura e la speranza*“ eine Art „neues Bretton Woods“ und stärker staatlich regelgebundene Handelsverträge („*rules based trade*“ statt „*free trade*“).

Trotz einiger Unterscheidungsmerkmale traten im grundsätzlichen Ansatz der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen den beiden Kontrahenten von PD und PDL Ähnlichkeiten zu Tage. Beide setzen vor dem Hintergrund von Angebotspolitik auf Wachstum. Gesellschaftliche Verteilungsfragen sind bei beiden klar nachgelagert. Gerechtigkeitsaspekte spielen für Berlusconi trotz der Ankündigungen im Bereich der Sozialpolitik de facto keine Rolle, für Veltroni sind sie eher zweitrangig, selbst wenn im Wahlprogramm des PD die zunehmende Ungleichheit als einer von vier Kernpunkten benannt wurde; die anderen drei sind: ökonomische Ineffizienz, geringe Chancen auf Selbstverwirklichung und geringe Qualität der Demokratie. Das entspricht der Grundausrichtung der Demokratischen Partei an der Idee einer Volkspartei der linken Mitte, deren Orientierungspunkte *New Labour* und die *Clintonics* der 1990er Jahre sind. Veltronis Position ist mit dem folgenden Satz von ihm selbst auf den Punkt

gebracht: „Wir werden nicht den Reichtum, sondern die Armut bekämpfen“. Dem entspricht auch der Sprachgebrauch mit den Maximen „Teilhabe“ und „Inklusion“. Veltroni steht mehr noch als Prodi für Pragmatismus und die Abkehr von „ideologischen Zwängen“. Sein im Wahlkampf präsentiertes ökonomisches Programm zeugt von großer Unbestimmtheit, Kritiker sprechen von Beliebigkeit oder gar Konzeptionslosigkeit, woran auch die Präsentation von 12 konkreten Gesetzesinitiativen in ganz unterschiedlichen Politikfeldern in der Mitte des Wahlkampfes nichts ändert. Hierzu passt, dass Veltroni seinen Schattenminister für Wirtschaft bzw. Finanzen nicht benannte und so kein Gegengewicht zum profilierten Ökonomen Tremonti präsentieren konnte. Von Seiten des „Economist“ trug dieses Konzept Veltroni eine positivere Beurteilung ein als Berlusconi sie bezüglich seiner Wirtschaftspolitik erhielt. Ob die eingenommene wirtschaftspolitische Position Veltronis und der Demokraten angesichts der in Italien auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich und einer drohenden Rezession jedoch der richtige Weg ist, ist zumindest zweifelhaft.

Mit seiner eingeschlagenen Strategie zielte Veltroni aber bewusst auf die Wählerschaft im Norden, insbesondere im Nordosten Italiens, wo der Mittelstand besonders stark ist (in der Ersten Republik eine Hochburg der Christdemokratie). Dort war das *Ulivo*-Bündnis Prodis bei den vergangenen Wahlen auf große Ablehnung gestoßen. Mit seiner Orientierung am so genannten „dritten Weg“ versuchte Veltroni, dem Vorwurf der Wirtschaftsfeindlichkeit, der der Linken von Seiten der Mitte-Rechts-Parteien gemacht wurde, zu entgehen. Neben Arbeitern, Gewerkschaftsvertretern und vielen jungen Leuten präsentierte er deshalb auf seinen Listen gezielt Unternehmer des reichen Nordens, die bislang völlig unverdächtig waren, die Linke zu unterstützen.

Die italienischen Wählerinnen und Wähler gaben in Umfragen als drängendste Probleme, die es zu lösen gelte, Arbeitslosigkeit und ungesicherte Beschäftigung an, und zwar über die unterschiedlichen Parteipräferenzen hinweg. Zweitwichtigstes Thema für Mitte-Links-Wähler waren zu niedrige Löhne, für Mitte-Rechts-Wähler hingegen Steuersenkungen. Dies kann man als zwei unterschiedliche Wege zur Lösung desselben Problems (nämlich Kaufkraftverlust und stagnierende Binnennachfrage) verstehen, aber auch als Interessendivergenzen in Zeiten einer sich weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich interpretieren. Diese soeben genannten Themen rangieren aber bereits seit Jahren auf der Liste der Forderungen der Bürger ganz oben. Das Thema „Sicherheit“ hatte im Wahlkampf hingegen letztlich eine sehr viel geringere Bedeutung als erwartet, nur in den städtischen Zentren und im Süden maßen die Wähler dem Thema besondere Relevanz bei. Auf den

weiteren Plätzen der Prioritätenliste folgten die Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen, die Reform des Rentensystems und Verbesserungen im Sozialsystem. Danach kamen die Reduzierung der Kosten für das politische System, die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Wahlrechtsreform. Letztere wurde vor allem von Mitte-Links-Wählern gefordert.³²

Wegen fehlender inhaltlicher Brisanz geriet schließlich die Frage, wer von beiden Kontrahenten letztlich eher für einen Neuanfang in Politik und Gesellschaft Italiens steht, Berlusconi oder Veltroni, zum zentralen Punkt der politischen Auseinandersetzung. Berlusconi stemmte sich mit Macht gegen das Image des Neuen, das Veltroni für sich beansprucht. Veltroni, der mit 53 Jahren fast 20 Jahre jünger als Berlusconi ist und als Bürgermeister Roms sehr erfolgreich und beliebt war (2001 wurde er mit 61% bei der auch in Italien üblichen Direktwahl für eine zweite Amtszeit wiedergewählt), nicht zuletzt deshalb, weil er Roms Rolle als Kulturmagnet erneuert hat, stand für einen Generationenwechsel. Berlusconi versuchte deshalb auf jede erdenkliche Weise, eine inhaltliche Kontinuität zwischen Prodi und Veltroni herzustellen, seinen Kontrahenten als weltfremd und inkompetent darzustellen und verwies immer wieder auf dessen Herkunft aus den Kreisen des PCI: Veltroni war 1996 bereits Kulturminister der ersten Regierung Romano Prodis und Vize-Premier gewesen, davor war er u.a. Chefredakteur der kommunistischen Parteizeitung *l'Unità*. Berlusconi forderte seine Landsleute unermüdlich auf, diese sollten nicht auf einen „Etikettenschwindel“ hereinfliegen.

Abbildung 7: Wahlwerbung von Berlusconis Bündnis *Popolo della Libertà* (Volk der Freiheiten)



„Die Linke hat Italien in die Knie gezwungen: Italien, steh wieder auf!“

32 *Corriere della Sera* online vom 07.03.2008 (www.corriere.it).

Ein Fernsehduell zwischen Veltroni und Berlusconi gab es diesmal nicht. Stattdessen durften sich die Kandidaten, die sich für das Amt des Ministerpräsidenten bewarben (insgesamt 16, davon drei Frauen³³), gemeinsam im staatlichen Fernsehen präsentieren, sowohl Berlusconi als auch Veltroni verzichteten aber darauf. Die stark umstrittene und insbesondere von Berlusconi und Veltroni kritisierte Entscheidung der RAI, auch den Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten von Parteien mit Aussicht auf höchstens 0,5% der Stimmen gleichberechtigten Zugang zur Selbstdarstellung zu gewähren, wurde jedoch als Konsequenz der Abkehr vom Mehrheitssystem begründet, die mit der Wahlrechtsreform der Regierung Berlusconi besiegelt wurde. So blieb letztlich nur ein „Fernduell“ im Privatfernsehen Berlusconis übrig. Beide Kontrahenten legten in 45-minütigen Sendungen der Reihe „Matrix“ nacheinander ihre Positionen dar – ein eindeutiger Sieger war nicht auszumachen. Im Vorfeld der Wahlen hatten Umfragen jedoch gezeigt, dass die Glaubwürdigkeit Berlusconis selbst bei seinen Anhängern gering ist.³⁴ Die Gesamtheit der Wähler schenkt im direkten Vergleich seinem Widersacher Veltroni mehr Vertrauen, danach folgten Fausto Bertinotti (*Sinistra Arcobaleno*), Pier Ferdinando Casini (UDC) und Daniela Santanché (*La Destra*).

33 Insgesamt kandidierten formal 16 Personen für das Amt des Ministerpräsidenten: Walter Veltroni (PD), Silvio Berlusconi (PDL), Pier Ferdinando Casini (UDC), Fausto Bertinotti (*Sinistra Arcobaleno*), Enrico Boselli (PS), Daniela Santanché (*La Destra*), Giuliano Ferrara (*Aborto? No grazie*), Flavia D'Angeli (*Sinistra Critica*), Bruno De Vita (*Unione Democratica per i Consumatori*), Roberto Fiore (*Forza Nuova*), Marco Ferrando (*Partito Comunista dei Lavoratori*), Stefano De Luca (*Partito Liberale Italiano/PLI*), Stefano Montanari (*Per il Bene Comune*), Fabiana Stefanoni (*Partito dell'Alternativa Comunista*), Renzo Rabellino (*Grilli Parlanti*) sowie Luigi Ferrante (*Il Loto*).

34 Daran konnte auch Berlusconis Hinweis auf eine Studie der Universität Siena nichts ändern, wonach er seine Wahlversprechen bei der letzten Wahl eingehalten habe, da 80% des Wahlprogramms in Gesetzesinitiativen gemündet seien.

Abbildung 8: Wahlplakate der Lega Nord



„Verteidige deine Zukunft: raus mit den illegalen Einwanderern.“

„Weiter weg von Rom, näher bei Dir.“

„Weniger Steuern für Rom, mehr Geld in der Lohntüte.“

„Weniger Steuern für Rom, mehr Geld für unsere Straßen.“



„Sie haben die Immigration erliden müssen. Nun leben sie in Reservaten.
Denk drüber nach. Lega Nord“

„Nein zum Ausländerwahlrecht. Wähle Lega Nord“

„Padanier erwache! Mit der Lega Nord gegen das diebische Rom“

7.2 Das Parteiensystem in zentripetaler Bewegung

Der eigentliche Paukenschlag bei dieser Wahl war Veltronis Ankündigung am 16. Februar 2008 (Tag der konstituierenden Versammlung des *Partito Democratico*), man wolle trotz des im geltenden Wahlrecht verankerten Mehrheitsbonus (für die Partei oder Koalition mit den meisten Stimmen) diesmal keine Listenverbindungen oder rein formellen Wahlallianzen eingehen. Veltroni und seine Demokratische Partei, gegründet aus der katholisch-liberalen *Margherita* und den Linksdemokraten (*Democratici di Sinistra/DS*), trieb die anderen Parteien damit zum Zusammenschluss. Es entstand eine neue, zentripetale Dynamik, die viele für unmöglich gehalten hatten. Obgleich Veltroni im weiteren Verlauf von dieser Ankündigung abwich, ganz allein ins Rennen um den Mehrheitsbonus zu gehen, indem er zunächst mit Antonio Di Pietros Partei *Italia dei Valori* paktierte und dann noch Kandidaten des *Partito Radicale* auf seine Wahlliste nahm³⁵, so setzte er letztlich doch neue Maßstäbe in der italienischen Politik. Statt aus 10 oder 12 Partnern bestand Veltronis Koalition aus nur noch drei Akteuren. Die Trennung von den ehemaligen Regierungspartnern des linken Parteienspektrums, den kommunistischen Parteien PRC (*Partito della Rifondazione Comunista*) und PdCI (*Partito dei Comunisti Italiani*) sowie den Grünen, verlief zügig und geräuschlos. Diese formierten sich daraufhin, gemeinsam mit der Gruppe *Sinistra Democratica*, die sich im Zuge der Gründung der Demokratischen Partei abgespalten hatte, als „Regenbogen-Linke“ (*Sinistra Arcobaleno*). Allerdings muss erwähnt werden, dass bei den Kommunalwahlen überwiegend breite Allianzen nach dem bisherigen Muster eingegangen wurden, was mit dem auf dieser Ebene nach wie vor geltenden, stärker ausgeprägten Mehrheitssystem zusammenhängt.

Berlusconi sah sich ob des mutigen Schrittes seines politischen Gegners Veltroni, mit der bisherigen politischen Kultur zu brechen, veranlasst, den eigentlich bereits formell am 02. Dezember 2006 entschiedenen Zusammenschluss seiner Partei *Forza Italia* mit der rechtskonservativen *Alleanza Nazionale* nun tatsächlich zu vollziehen und bei den Wahlen gemeinsam als *Popolo della Libertà/PDL* anzutreten. Fini kündigte kurz darauf die Auflösung von *Alleanza Nazionale* für den Herbst 2008 an. Ob es dazu kommt, bleibt abzuwarten. Es liegt auf der Hand, dass dahinter zweierlei Überlegungen Finis stehen: Zum einen erhöht das seine Aussicht, eines Tages Berlusconi als Leitfigur des Mitte-Rechts-Bündnisses zu beerben, zum

³⁵ Dabei entbrannte ein heftiger Streit um sichere Listenplätze für die Kandidaten des *Partito Radicale*, der in einem Hungerstreik von Marco Pannella, Kultfigur der Partei, gipfelte und entsprechend negative Schlagzeilen für Veltroni bedeutete.

anderen ist *Alleanza Nazionale* noch immer nicht Mitglied der Europäischen Volkspartei, was sich durch einen weiteren Schritt in die Mitte aber rasch erreichen lassen dürfte.

Das Mitte-Rechts-Lager setzte allerdings weiterhin auf eine breitere Wahlallianz: zum einen mit der rechtspopulistischen und teilweise ausländerfeindlichen *Lega Nord*, die traditionell zur Koalition Berlusconi gehört, zum anderen mit der noch jungen Autonomiebewegung im Süden des Landes, dem *Movimento per l'autonomia* (MPA). Das war insbesondere wegen der zeitgleichen Regionalwahlen in Sizilien wichtig, bei denen die „Autonomiebewegung“ große Erfolgsaussichten hatte und Berlusconi bei den Parlaments- und Regionalwahlen ohne eine entsprechende Allianz mit dem MPA wichtige Stimmen abhanden zu gehen drohten.³⁶ Überdies ließ Berlusconi auf seinen Listen eine Reihe von Politikern der Splitterparteien antreten, darunter die nach wie vor überzeugte Neofaschistin Alessandra Mussolini von der *Azione Sociale*. Berlusconi absorbierte in seinem „Volk der Freiheiten“ insgesamt mehr als zwei Dutzend Politiker der so genannten Zwergen-Parteien, darunter Lamberto Dini von den *Liberal-Democratici*, der Christdemokrat Carlo Giovanardi (Ex-UDC), Gianfranco Rotondi von der *Democrazia Cristiana per le Autonomie* (DCA), Carlo Fatuzzo von der Rentner-Partei (*Pensionati*), Francesco Nucara von der Republikanischen Partei (PRI), Sergio De Gregorio (*Italiani nel Mondo*)³⁷ und Stefano Caldoro (*Partito Socialista-Nuovo PSI*). Hinzu kamen Listenplätze für den „Shooting Star“ Michela Brambilla (*Associazione Nazionale Circolo della Libertà*) und ihre Gefolgsleute, die Berlusconi durch die Gründung von ca. 4.000 Fan-Clubs gefördert haben.

Eine Kooperation mit der rechtsextremen Partei *La Destra* (Die Rechte) kam dagegen nicht zustande. Deren Führungsfiguren sind mit Daniela Santanché und Francesco Storace (der über einen Abhörskandal gestürzte Ex-Präsident der Region Latium) ehemalige Mitglieder der *Alleanza Nazionale*. Auf der extremen Rechten findet sich außerdem noch die von Roberto Fiore gegründete und geführte Partei *Forza Nuova*, die ebenfalls allein antrat.

36 Im Tausch für die Wahlallianz bei den Parlamentswahlen durfte MPA-Chef Raffaele Lombardo (ehemals UDC) für den *Movimento per le autonomie* in Sizilien für das Amt des Regionspräsidenten kandidieren, was Berlusconi allerdings zunächst erheblichen innerparteilichen Zwist eintrug.

37 Auch gegen Sergio De Gregorio, Gründer von *Italiani nel mondo*, läuft seit kurzem ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft von Reggio Calabria: wegen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, wobei insbesondere der Vorwurf der Geldwäsche im Raum steht.

Die wesentliche Neuerung im Mitte-Rechts-Lager aber war das Ausscheren der christdemokratischen UDC. Berlusconi überwarf sich mit Pier Ferdinando Casini, woraufhin letzterer sich abermals um einen Integrationsprozess der christlichen Parteien in der Mitte bemühte. Casinis UDC oszilliert seit Jahren zwischen zwei Optionen bzw. Vorstellungen, nämlich: Überführung des *Berlusconismo* in eine neue, moderate Form der alten DC einerseits, und Integration der Parteien der Mitte, die in Italien christlich dominiert ist, andererseits. Mit der Rückkehr zum Verhältniswahlrecht, die in der Tat maßgeblich auf Betreiben der UDC zustande gekommen war (vom damaligen Parteisekretär Marco Follini, der inzwischen bei den Demokraten eine politische Heimat gefunden hat), schien für Casini die Neuformierung der Mitte in greifbare Nähe zu rücken. Allerdings pochen gerade die kleinen Parteien des katholischen Zentrums auf ihre Eigenständigkeit. Hier bestanden in der Vergangenheit die größten Schwierigkeiten der Fusion, nicht zuletzt bedingt durch den Umstand persönlicher Rivalitäten der jeweiligen Spitzenpolitiker. Casini selbst scheute lange die Gründung einer Sammlungspartei der katholischen Mitte, wofür er bereits heftig kritisiert wurde, zuletzt im März 2008 vom katholischen Wochenblatt „*Famiglia Cristiana*“. Tatsächlich beklagen viele Italiener gerade im sozial-liberalen und christlichen Spektrum eine gewisse Beliebigkeit und Wankelmütigkeit der Akteure. Der Spaltpilz war dort lange Zeit ungebremsst. Mit der *Rosa Bianca* (Weiße Rose) war im Wahlkampf zunächst auch wieder ein neuer Akteur aufgetreten: Bruno Tabacci, Ex-UDC Exponent und Savino Pezzotta, bis 2006 Generalsekretär des christlichen Gewerkschaftsbundes CISL (*Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori*), wollten eigene Wege gehen. Wenige Tage später allerdings kam es bereits zum Schulterchluss mit der UDC, und Casini trat als gemeinsamer Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten an. So sind auch in der politischen Mitte im Wahlkampf 2008 bereits Prozesse der Reorganisation zu beobachten gewesen.

Eine Allianz zwischen *Rosa Bianca* und UDEUR platzte allerdings. Clemente Mastella, der nach dem Austritt aus dem Olivenbaum-Bündnis des Ministerpräsidenten Prodi auf einen erneuten Wechsel ins Bündnis Berlusconis spekuliert hatte (er war bereits 1994/95 Arbeitsminister der ersten Regierung Berlusconis gewesen), sah sich plötzlich vollkommen isoliert. Mastella hatte zu hoch gepokert, zu viele Sitze von Berlusconi gefordert als Lohn für ein Eintreten in dessen Wahlallianz. In der Folge liefen Mastella die Parteigenossen davon. Nach der Ankündigung, dann eben notfalls alleine zu marschieren und gar als Ministerpräsident zu kandidieren, erfolgte wenige Tage später, am 06. März 2008, nach 32 Jahren Parlamentszugehörigkeit der vorläufige Rückzug Mastellas aus der Politik. Die UDEUR befindet sich seither im freien Fall. Ob

die erfolgte Sanktionierung Mastellas, der in Italien für viele der Inbegriff für politischen Opportunismus, für die Verquickung persönlicher und politischer Interessen und für die Kontinuität zur Ersten Republik ist, als erstes Anzeichen für eine neue politische Kultur im System der Zweiten Republik gewertet werden kann, bleibt abzuwarten. Zumindest war die Furcht vor Stimmenverlusten im Falle einer Allianz mit Mastella so groß, dass kaum jemand mit ihm paktieren wollte. Er selbst entwickelte bei seinem Abgang eine Verschwörungstheorie.

Um ein Erstarren des Zentrums zu verhindern, war es ein geschickter Schachzug Veltronis gewesen, mit Antonio Di Pietros *Italia dei Valori* zu kooperieren, da ansonsten ein Bündnis mit *Rosa Bianca* möglich gewesen wäre, was in der Mitte wichtige Stimmen gekostet hätte. Wie Mastella, so buhlte auch Casini zumindest teilweise vergeblich um Alliierte, etwa um Giuliano Ferrara mit seiner Anti-Abtreibungskampagne (*Aborto? No grazie*), und selbst mit den Sozialisten um Enrico Boselli (PS) führte Casini Sondierungsgespräche. Die Sozialisten des PSI standen (nach den für sie erfolgreicherer Zeiten der engen Bindung an die Linksdemokraten und Prodis *Ulivo*) im Mitte-Links-Spektrum ebenfalls ganz plötzlich isoliert da, was Enrico Boselli dazu brachte, sogar Mastella noch eine Kandidatur anzutragen. Entsprechend kritisch reagierte Walter Veltroni.

Als einzig wirklich neue parteipolitische Kraft zwischen den großen Antipoden trat im Rahmen der Parlamentswahlen 2008 in der Mitte des politischen Spektrums die „Demokratische Verbraucherunion“ (*Unione democratica per i consumatori*) zu Tage. Die Nähe zu den Verbraucherschutzorganisationen suchend, sollte diese von Willer Bordon³⁸ angeführte Initiative mit 0,25% Stimmenanteil bei den Wahlen im April jedoch nicht einmal einen Achtungserfolg verbuchen.

Dabei offenbarten sich im Zuge der Konzentrationsbewegungen bereits im Wahlkampf wichtige Neuerungen hinsichtlich der medialen Aufmerksamkeit. Nicht in einer der beiden neuen Koalitionen auftretende Parteien, wie z.B. die Sozialisten, erhielten kaum mehr eine Plattform. Hier wurde die Strategie der Demokratischen Partei, auf eine größere Eigenständigkeit zu setzen, unmittelbar wirkungsmächtig. Es ist plötzlich eine neue, zentripetale Dynamik entstanden, die viele nicht für möglich gehalten hatten. Dies bezeugt die

38 Neben Clemente Mastella ist Willer Bordon zum Sinnbild politischer Beliebigkeit und Wandlungsfähigkeit in Italien geworden. Ursprünglich Mitglied der kommunistischen Partei wechselte er im Laufe seiner politischen Karriere nicht weniger als neun Mal die Parteizugehörigkeit. Zuletzt war er ein Exponent der in der Demokratischen Partei aufgegangenen Partei *Margherita*.

Bedeutsamkeit des Faktors „politische Kultur“. Arithmetik und institutionelle Mechanik helfen allein nicht weiter. Das ist eine der vielen Lehren, die die Zweite Republik hervorgebracht hat.

Allerdings haben die aus der alten kommunistischen Partei (PCI) hervorgegangenen Linksdemokraten (DS) ihren mit der Gründung des *Partito Democratico* endgültig vollzogenen, 1992 eingeschlagenen Kurs in die Mitte mit Abspaltungen und einem enormen Substanzverlust bezahlt. Zuletzt sind im Sommer 2007 wichtige Figuren von Bord gegangen, die sich entweder anderen Parteien anschlossen, wie Gavino Angius, der inzwischen bei den Sozialisten beheimatet ist, oder ihre eigene Partei gründeten, wie Forschungs- und Bildungsminister Fabio Mussi im Falle seiner *Sinistra Democratica* (SD).

Abbildung 9: Italiens Landschaft der Parteien und Wahlbündnisse anlässlich der Parlamentswahlen im April 2008



LINKS-MITTE



MITTE



MITTE-RECHTS

Anmerkung: Links-Mitte-Rechts-Schema, von links oben nach rechts unten. Die Größe der Symbole drückt das ungefähre politische Gewicht vor den Wahlen 2008 aus. Auch innerhalb jeder Zeile orientiert sich das Schema an der politischen Ausrichtung zwischen Rechts und Links. Es fehlen Aktionsbündnisse, Splittergruppen und nur in bestimmten Regionen antretende Regionalparteien: *Il Loto*, *Movimento P.P.A.*, *M.E.D.A.*, *Lista dei Grilli Parlanti*, *Partito di Alternativa Comunista*, *Union für Südtirol*, *Südtiroler Volkspartei*, *Die Freiheitlichen*, *Sardigna Nazione*, *Partito Sardo d'Azione*, *Liga Veneta Repubblica*, *L'Intesa Veneta*, *Lea per l'Autonomia All. Lomb.* *Lea Pens.* *Lea Sud* u.a.m.

8. Analyse der Wahlergebnisse vom 13. und 14. April 2008

Rund 47 Mio. Italiener/innen waren zur Wahl des neuen Parlaments aufgerufen, außerdem stand planmäßig die Wahl von 423 Gemeinderäten und Bürgermeistern, 8 Provinzräten sowie zwei Regionalparlamenten und damit auch zwei Regionalpräsidenten an.

Das erste Ergebnis dieser Parlamentswahlen ist, dass die Politikverdrossenheit der letzten Monate sich zwar deutlich in der Wahlbeteiligung niedergeschlagen hat, der Rückgang aber nicht so dramatisch ausfiel, wie man angesichts der Umfragen oder der von Beppe Grillo organisierten Kundgebungen gegen die politische Klasse hätte erwarten können. Mit 80,5% lag die Beteiligung bei diesen Wahlen um 3,1% unter der Beteiligung von 2006 (83,6%). Im europäischen Maßstab ist die Beteiligung allerdings noch immer sehr hoch. Nur in Belgien (2007: 91,1%), Frankreich (2007: 84,0%) und Schweden (2006: 82,0%) fällt die Wahlbeteiligung höher aus. Gleichwohl ist die Beteiligung in Italien seit 1976 konstant rückläufig und der Schwund von 3,1% der zweithöchste seit 1946, nur 1996 war der Rückgang mit 3,2% noch höher; unmittelbar nach dem Krieg betrug die Wahlbeteiligung noch 89,1%. Regional war der Rückgang der Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen 2008 in den Regionen Sardinien und Ligurien mit über 5,5% am deutlichsten.³⁹ Bei den Kommunalwahlen ist dagegen ein Anstieg der Wahlbeteiligung zu konstatieren, wobei dies allerdings dem Umstand geschuldet sein dürfte, dass Parlaments- und Kommunalwahlen zeitgleich abgehalten wurden. An den Wahlen zu den Provinzräten beteiligten sich 74,4% gegenüber 64,2% beim letzten Mal. An den Kommunalwahlen nahmen 80,1% der Wahlberechtigten teil, während es beim letzten Urnengang auf lokaler Ebene nur 76,7% gewesen waren.

Bemerkenswert ist auch, dass die *liste civiche* von Beppe Grillo bei den Kommunal- und Regionalwahlen nur mäßigen Erfolg hatten. Bei den Bürgermeisterwahlen in Rom erreichte Serenetta Monti als Kandidatin einer solchen freien Wählergemeinschaft lediglich 40.000 Stimmen und damit einen Anteil von 2,64%. Die von Sonia Alfano angeführte Liste *Amici di Beppe Grillo*, die bei den sizilianischen Regionalwahlen kandidierte, erzielte 2,44% der Stimmen. Das ist zweifellos ein Achtungserfolg, mehr aber im Moment noch nicht.

³⁹ Istituto Cattaneo (Hg.): Elezioni politiche 2008: La maggior crescita di astensionismo elettorale del dopoguerra; http://www.cattaneo.org/pubblicazioni/analisi/pdf/Analisi_Cattaneo_Politiche2008_Astensionismo.pdf (15.04.2008).

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Parteien bzw. Wahlbündnisse bei den Parlamentswahlen vom 13. und 14. April 2008

Partei/Wahlallianz	Stimmen in % Abgeordnetenversammlung	Sitze	Stimmen in % Senat	Sitze
Popolo della Libertà (PDL)	37,39	276 (272 + 4AW*)	38,17	147 (144 + 3AW*)
Lega Nord (LN)	8,3	60	8,06	25
Movimento per l'Autonomia (MPA)	1,13	8	1,08	2
Koalition Berlusconi insgesamt	46,81	344	47,32	174
Partito Democratico (PD)	33,17	217 (211 + 6AW*)	33,7	118 (116 + 2AW*)
Italia dei Valori (IdV)	4,37	29 (28 + 1AW*)	4,32	14
Koalition Veltroni insgesamt	37,54	246	38,01	132
Unione di Centro (UDC)	5,62	36	5,69	3
Südtiroler Volkspartei (SVP)	0,4	2		4
Autonomia libertà democrazia/ Valle d'Aosta		1		1
Movimento Associativo Italiani all'Estero	(AW*: 8,25)	1 (AW*)	(AW*: 7,45)	1 (AW*)
Sinistra Arcobaleno	3,08	---	3,21	---
La Destra	2,43	---	2,1	---
Partito Socialista	0,98	---	0,87	---
Partito Comunista dei lavoratori	0,57	---	0,55	---
Sinistra Critica	0,46	---	0,42	---
Aborto-No grazie/ Giuliano Ferrara	0,37	---	---	---
Per il bene comune	0,33	---	0,32	---
Forza Nuova	0,3	---	0,26	---
Partito Liberale Italiano	0,28	---	0,31	---
Unione democratica per i consumatori	0,25	---	0,24	---
Sonstige (Abgeordnetenversammlung 13 / Senat 14)	0,55	---	0,68	---
Gesamt	100	630	100	322**

* Auslandswahlkreis

** 315 + 7 Senatoren auf Lebenszeit

Berlusconi zurück an der Macht

Der Sieg Berlusconis war angesichts des klaren Vorsprungs in den Umfragen allgemein erwartet worden. Ein Unsicherheitsfaktor war lediglich die große Anzahl von bis zuletzt unentschlossenen Wahlberechtigten, denn 20% waren noch in der letzten Woche vor den Wahltagen unentschieden. Die Deutlichkeit des Erfolges überraschte dann aber letztlich doch, denn nach Erhebungen der 10 wichtigsten Meinungsforschungsinstitute zwischen dem 20. Februar und dem 05. März 2008 wurden dem Mitte-Rechts-Wahlbündnis durchschnittlich etwa 3 Prozentpunkte weniger attestiert als dann am Wahltag tatsächlich für Berlusconi stimmten, während die Prognosen hinsichtlich des Bündnisses von Walter Veltroni ziemlich genau eingetroffen sind.

Der Triumph Berlusconis ist umso bemerkenswerter aufgrund des Umstandes, dass die Regional-, Provinz- und Kommunalwahlen mit den Parlamentswahlen 2008 zusammen abgehalten wurden. Empirisch zeigt sich nämlich, dass normalerweise die Linke von einer solchen Konstellation profitiert. Genau deswegen hatte Berlusconi auch den so genannten „*election day*“ heftig kritisiert. Bei diesen Wahlen zeigte sich jedoch ein gegenteiliger Effekt. Denn beide Regionen, in denen gewählt wurde, gingen an die Mitte-Rechts-Bewerber: In Sizilien gewann Raffaele Lombardo vom *Movimento per le autonomie* mit dem überwältigenden Ergebnis von 65,35% der Stimmen klar vor Anna Finocchiaro, die sich als eine der Hoffnungsträgerinnen der Demokratischen Partei als Kandidatin zur Verfügung gestellt hatte, aber in Berlusconis Hochburg nur 30,38% der Stimmen auf sich vereinen konnte. In der Region Friuli-Venezia Giulia musste sich der amtierende Präsident einer Mitte-Links-Koalition, Riccardo Illy, ebenfalls eigentlich ein Hoffnungsträger, seinem Herausforderer Renzo Tondo erstaunlich deutlich geschlagen geben: für Illy stimmten 46,18%, Tondo erhielt 53,82% der Stimmen.

Auch die Kommunalwahlen brachten klare Ergebnisse zu Gunsten der Mitte-Rechts-Parteien, in Rom wurde eine Stichwahl zwischen Francesco Rutelli und Gianni Alemanno nötig, die der Mitte-Rechts-Kandidat Alemanno überraschend für sich entscheiden konnte. Besonders in Süditalien reüssierte Berlusconis Partei „Volk der Freiheiten“. In der Mitte-Links-regierten Region Campania distanzierte die Mitte-Rechts-Allianz Veltronis Bündnis um mehr als 17% der Wählerstimmen. Berlusconis PDL erzielte 23,7% mehr Stimmen als 2006. Antonio Bassolino, Regionalpräsident der Campania, hatte angesichts des Müllnotstandes und des damit einhergehenden internationalen Ansehensverlustes vorsichtshalber erst gar keinen Wahlkampf für Walter Veltroni gemacht. Obschon auch Berlusconi in seiner zweiten Amtszeit als Ministerpräsident in der seit langem bekannten Abfallproblematik vollkommen

untätig geblieben war, vermochte er die Krise allein der Linken anzulasten und in Wählerstimmen für sich umzumünzen. Mehr noch: Berlusconi trat auf als derjenige, der Italien vor einer wahren Identitätskrise retten könne.

Silvio Berlusconi profitierte vom wahrgenommenen Klima der Instabilität, zu dem er durch seine permanenten Angriffe auf die Rechtmäßigkeit der Regierung Prodi, auf den Staatspräsidenten und die Justiz maßgeblich selbst beigetragen hat. Diese Instabilität erzeugte Unsicherheit, welche zu beenden Berlusconi nun antrat. Sein nach wie vor ungelöster Konflikt zwischen Politik, Mediensektor und unternehmerischen Interessen wird von vielen nicht als Problem, sondern vielmehr als Stabilität und Entscheidungsmacht verheißender Umstand wahrgenommen – und damit als Lösung der Probleme. Angesichts der mäßigen Wirtschaftslage und der für viele enttäuschenden Politik der Mitte-Links-Regierung sucht eine Mehrheit nun das Heil in der Rückkehr des „Systems Berlusconi“, das sich durch die Verteilung von Privilegien und Vergünstigungen auszeichnet und von dem nun Viele zu profitieren hoffen. Die drohende Rezession und die steigende Inflation spielten Berlusconi bei dieser Wahl ebenfalls in die Hände. Berlusconi ist es zum wiederholten Male gelungen, sich als erfolgreicher Unternehmer mit Wirtschaftskompetenz zu präsentieren. Hinzu kommt, dass er nach wie vor Projektionsfläche für unerfüllte Träume und Sehnsüchte von Millionen Italienern ist und Viele schlicht Angst vor einschneidenden Reformen haben. Nach wie vor gibt es in Italien eine große Zahl an Personen, die an den *Cavaliere* „glauben“. Andere hoffen schlicht, dass er sie finanziell zumindest unbehelligt lässt, insbesondere Selbständige wie z.B. Besitzer kleiner Handwerksbetriebe, Restaurantbetreiber, Taxifahrer etc. Die zahlreichen Steueramnestien der letzten Regierung Berlusconis sind ihnen im Gedächtnis geblieben, während die Regierung Prodi mit der Erhöhung von Steuern und Abgaben assoziiert wird.

Das weithin zu hörende Argument einer schlecht, weil überproportional durch das Fernsehen informierten, konservativen und eigentlich unpolitischen Wählerschaft wird von der Wahlforschung nur teilweise bestätigt. Gemeinsam haben die Wähler Berlusconis ihre starke Identifikation mit Berlusconi selbst, eine starke Bindung zum Katholizismus, ein eher geringes zivilgesellschaftliches Engagement, wenig politisches Interesse sowie eine latente Abneigung gegen Institutionen und langwierige demokratische Entscheidungsprozesse. Auffallend ist ferner eine große Zahl an Selbständigen und Personen mit traditionell antikommunistischer Einstellung. Bei den Wahlen 2008 gehörten neben Unternehmern und Freiberuflern aber vor allem Arbeiter, Händler, Handwerker und Hausfrauen zu den Gruppen, die Berlusconi die größten Stimmenzuwächse bescherten. Auch bei den Akademikern war er diesmal sehr

erfolgreich, um 10% erfolgreicher als die Demokratische Partei Veltronis. Den dürfte aber auch die klare Niederlage bei den Arbeitern geschmerzt haben. Gerade einmal 29,4% von ihnen wählten PD, während Berlusconi's PDL 37% erreichte. Nur bei Angestellten und Studenten lag Veltroni vorn.⁴⁰

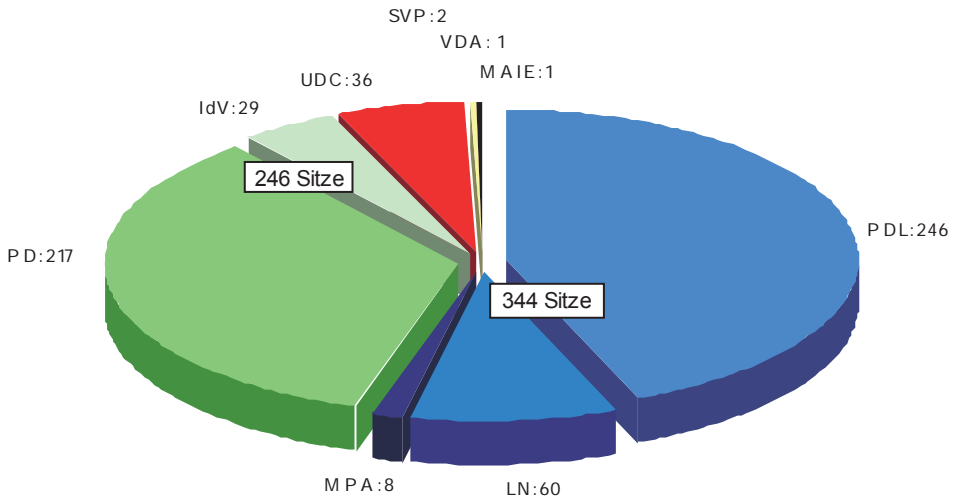
Regierungsfähigkeit scheint gewährleistet

Mit rund 47% der Stimmen in beiden Kammern ist der Sieg Berlusconi's noch deutlicher ausgefallen als der Erfolg von 2001, als das so genannte „Haus der Freiheiten“ (*Casa delle libertà*) lediglich auf 45% der Stimmen kam und zudem noch die UDC Teil der Koalition war. In der Abgeordnetenversammlung liegt Berlusconi's „Volk der Freiheiten“ nach den Wahlen vom 13. und 14. April 2008 mit 344 Sitzen um 28 Sitze über der absoluten Mehrheit von 316, was äußerst klare Verhältnisse selbst im Falle in Zukunft möglicher „Abweichler“ bedeutet. Im Senat, der aufgrund des Wahlrechtes zum Problem hinsichtlich der Regierungsfähigkeit hätte werden können, ist die Situation ebenfalls überraschend eindeutig: Berlusconi's Bündnis hat mit 174 von 322 Sitzen eine Mehrheit, die selbst im schlechtesten Fall, nämlich sieben von sieben Gegenstimmen der Senatoren auf Lebenszeit, um 12 Stimmen über der absoluten Mehrheit liegt. Regierungsfähigkeit scheint damit zunächst garantiert zu sein.

40 Vgl. *Corriere della Sera* online vom 12.03.2008 (www.corriere.it), *La Repubblica* online vom 19.04.2008 (www.repubblica.it) sowie Diamanti, I.: *Bianco, rosso, verde ... e azzurro*, Bologna 2003, S. 141ff.

Abbildung 10: Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung nach den Wahlen vom 13./14. April 2008

Gesamtzahl der Sitze: 630

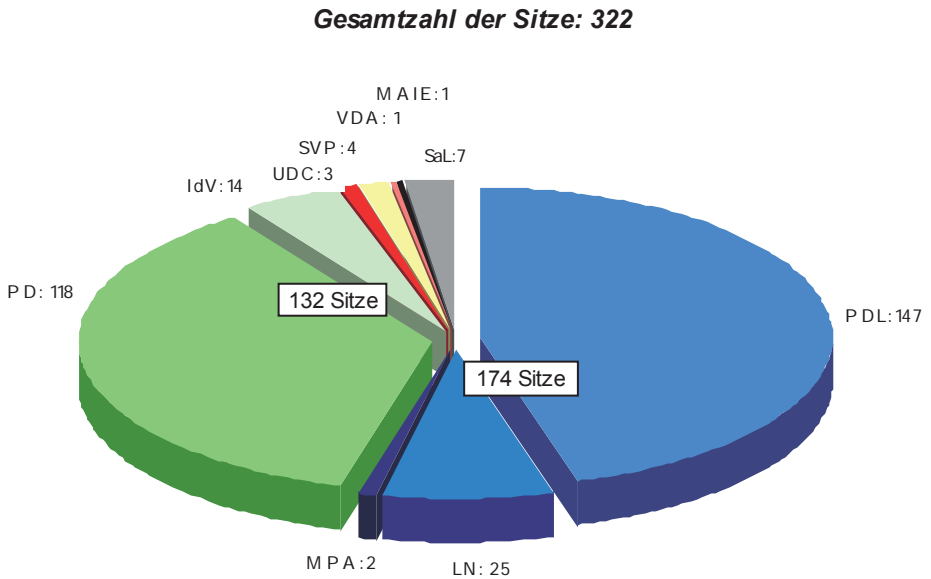


Absolute Mehrheit: 316 Sitze
Farbunterlegung grün und blau gemäß der Wahlbündnisse

Legende:

- | | | |
|--|-------------------------|---|
| PDL: Partito delle Libertà | PD: Partito Democratico | UDC: Unione di Centro |
| LN: Lega Nord | IdV: Italia dei Valori | SVP: Südtiroler Volkspartei |
| MPA: Movimento per l'Autonomia del Sud | | VDA: Valle d'Aosta |
| | | MAIE: Movimento Associativo Italiani all'Estero |

Abbildung 11: Zusammensetzung des Senats nach den Wahlen vom 13./14. April 2008



Absolute Mehrheit: 162 Sitze

Farbunterlegung grün und blau gemäß der Wahlbündnisse

Legende:

PDL: Partito delle Libertà

LN: Lega Nord

MPA: Movimento per
l'Autonomia del Sud

PD: Partito Democratico

IdV: Italia dei Valori

UDC: Unione di Centro

SVP: Südtiroler Volkspartei

VDA: Valle d'Aosta

MAIE: Movimento Associativo
Italiani all'Estero

SaL: Senatoren auf Lebenszeit

Bipolarismus, Stabilität und „neue Übersichtlichkeit“ des Parteiensystems

Das italienische Parteiensystem hat sich mit diesen Wahlen fundamental gewandelt. Die Veränderungen reichen in ihrer Tragweite an den Schmiergeldskandal von 1993 heran, denn die Unzahl an Parteien scheint Geschichte zu sein. Bereits im Vorfeld gab es klare Anzeichen, dass sich die parteipolitische Landschaft stark verändern würde. Waren 2006 noch über 50 Parteien zu den Parlamentswahlen angetreten, so sind es 2008 nur noch 30 gewesen (vgl. Abb. 9). Noch wichtiger aber ist, dass sich die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien halbiert hat. Nachdem in der Legislaturperiode 2006-2008 in der Abgeordnetenversammlung noch 13 und im Senat noch 12 Parteien saßen, sind es jetzt noch 6, lässt man die Regionalparteien des Aostaltals und der Autonomen Provinz Bozen sowie die Vertretung der rund 2,8 Mio. im Ausland lebenden Italiener, die allesamt nur wenige Sitze haben, außer Acht. Trotz des Verhältniswahlrechts mit Mehrheitsprämie hat sich der Bipolarismus in Italien nach 15 Jahren wohl endgültig behauptet. Die Konzentrationsentwicklung im Parteienspektrum verweist auf die zentrale Bedeutung der politischen Kultur.

Eingeleitet wurde dieser Wandel durch Veltronis Entscheidung, diesmal auf eigene Rechnung zu handeln. Die Wähler sind diesen Schritt bei dieser Wahl mitgegangen, denn sie haben die Kleinstparteien samt und sonders abgestraft. Keine von ihnen ist mehr im Parlament vertreten. Bislang waren Parteifusionen an der Urne nie belohnt worden. Tatsächlich verloren die unter der Rubrik „Sonstige“ gelisteten Parteien, die in Italien immer besonders zahlreich sind, bei dieser Wahl mehr als 1 Mio. Stimmen, was mehr als eine Halbierung bedeutet (-57,7%).⁴¹ Acht von zehn Wählern haben bei Nachwahlbefragungen ihre Präferenz für ein stark vereinfachtes Parteiensystem bekundet.

Profitiert hat davon jedoch letzten Endes vor allem Silvio Berlusconi, der zwar das „Volk der Freiheiten“ als Parteienfusion aus der Taufe hob und auch durch den Ausschluss der Christdemokraten der UDC und der extremen Rechten *La Destra-Fiamma Tricolore* zur Konzentration im Parteienspektrum beitrug, aber letztlich doch noch immer ein recht breites Bündnis formierte. Betrachtet man die Gesamtstruktur, so ergibt sich im Moment ein aus drei Kräften bestehendes System: Berlusconi „Volk der Freiheiten“ auf der rechten Seite, die „Demokratische Partei“ auf der linken Seite und die christdemokratische Zentrumspartei UDC in der Mitte. Es wäre allerdings voreilig zu glauben, das System sei damit konsolidiert. Gleichwohl haben die Wahlen 2008 wieder

41 Vgl. Istituto Cattaneo (Hg.): Elezioni politiche 2008: Chi vince, chi perde, e dove; http://www.cattaneo.org/publicazioni/analisi/pdf/Analisi_Cattaneo_Politiche2008_Vincitori_e_vinti.pdf (15.04.2008).

einmal gezeigt, dass Italien ein Land ist, in dem Reformen unendlich lange dauern können, das dann aber wiederum binnen kürzester Zeit Neuerungen aus sich heraus gebiert.

Abbildung 12: Das neue italienische Parteiensystem: ein System aus 6 Akteuren



Anmerkung: Die Größe der Symbole drückt das ungefähre politische Gewicht, gemessen am Stimmenanteil, aus. Hinzu kommen noch als regionale Kräfte *Autonomia libertà democrazia*/Valle d’Aosta, die Südtiroler Volkspartei (SVP) und der *Movimento Associativo Italiani all’Esterio*.

Kein Durchbruch für die Demokratische Partei

Walter Veltroni hat angesichts der schwierigen Bedingungen, nämlich einer gerade erst gegründeten Partei, die sogleich vorgezogene Neuwahlen bestehen musste, ein achtbares Wahlergebnis erreicht – mehr aber auch nicht. Er erzielte exakt 0,9% mehr Stimmen als Prodis Olivenbaum-Bündnis (*Ulivo*) zwei Jahre zuvor.⁴² Obschon seine Anleihen bei Barack Obama im Laufe des Wahlkampfes immer offensichtlicher wurden, war Veltroni damit nur sehr eingeschränkt erfolgreich. Dieser Rolle vermochte Berlusconi in den Augen vieler Wähler eher gerecht zu werden, trotz seines fortgeschrittenen Alters und seiner mäßigen Bilanz zweier Regierungen. Die Demokratische Partei erweckte noch nicht das Gefühl für etwas wirklich Neues. Daran vermochte auch die Tatsache, dass Veltroni per demokratischer „Urwahl“ Parteivorsitzender

42 Vgl. zu den Veränderungen der Stimmenverhältnisse der Parteien in den beiden größeren Koalitionen im Detail: Istituto Cattaneo (Hg.): Elezioni politiche 2008: Dentro le due maggiori coalizioni: il Pd e il PdL tengono rispetto al 2006; http://www.cattaneo.org/pubblicazioni/analisi/pdf/Analisi_Cattaneo_Politiche2008_Voto.pdf (15.04.2008).

wurde, nichts zu ändern.⁴³ Und dort, wo der *Partito Democratico* als neue Kraft wahrgenommen wurde, traute man der Partei und Veltroni (noch?) nicht zu, dass sich daraus tatsächlich eine andere und vor allem im Alltag wirklich konkret erfahrbare Politik ergibt. Problemlösungskompetenz wurde dem PD nur bedingt zugeschrieben. Nur in seiner Heimatregion Latium und in Umbrien erzielte Veltroni wirkliche Erfolge.

Der Wandel im politischen Stil, so wichtig er für Italien ist, reicht offenbar vielen Wählern nicht aus. Veltroni hat es nicht vermocht, sich vom Schatten Prodis zu befreien. Dazu war auch seine Programmatik, trotz einiger guter Ansätze, insgesamt zu wenig profiliert und in ihrer Anlage dem Programm Berlusconi zu ähnlich. Viele Italiener wählten statt der Kopie lieber das Original. Bereits Romano Prodi hatte nicht gesehen, dass trotz der hohen Gesamtverschuldung Italiens eine konsequente Wirtschaftspolitik im Sinne einer Konsolidierung der Binnennachfrage und damit einer Verstetigung des Aufschwungs sowie die Schaffung besserer Lebensbedingungen für die unteren Einkommensschichten nötig gewesen wären. Mit den gleichen politischen Rezepten, mit denen Prodi 1996-1998 Italien in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion geführt hatte, versuchte er es auch 2006-2008, verkannte dabei aber die vollkommen geänderten Verhältnisse, insbesondere die derzeitige sozioökonomische Lage in Italien.

Das bekam bei dieser Wahl nicht nur die Regenbogenlinke zu spüren, sondern auch Veltroni, der den Kurs Prodis mit seinem Streben zur „Neuen Mitte“ bzw. nach dem „dritten Weg“ unmittelbar fortgesetzt hat. Aufgrund des Wahlsystems zog er zwar viele Stimmen der Regenbogenlinken auf sich: 6,6% der Stimmen kamen allein von ehemaligen Wählern der PRC, weitere 2,2% vom PdCI und 1,5% von den Grünen. Zugleich konnte er aber mit seiner „Politik der Mitte“ gerade nicht im Zentrum punkten, wie es eigentlich seine Absicht war: Die Wählerwanderung von *Forza Italia* zu Veltroni betrug nur 3,6%, von der UDC zu Veltroni lediglich 1,7%. Umgekehrt musste Veltronis *Partito Democratico* jedoch 3,3% der ehemaligen *Ulivo*-Wähler an Berlusconi *Popolo della Libertà* abgeben und sogar 13,6% an die UDC.⁴⁴

43 Etwa 3,5 Mio. Menschen hatten sich an der offenen Urwahl des neuen Mannes an der Spitze des PD beteiligt. Dabei erzielte Veltroni mit 75,8% der Stimmen ein überzeugendes Ergebnis. Auch Romano Prodi war 2005 in einer groß angelegten Vorwahl basisdemokratisch zum Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt gekürt worden und hatte damit in Italien Neuland betreten.

44 Vgl. zu den Wählerwanderungen Istituto Piepoli (Hg.): Elezioni politiche 2008, Milano 16.04.2008; http://www.istitutopiepoli.it/images/Articoli/ANALISI_FLUSSI_ELETTORALI.pdf.

Nichtwähler konnte Veltroni auch nur wenige an die Urne locken. Mit knapp über 33% verharnte Veltronis PD deshalb letztlich in etwa bei dem erwartbaren Ergebnis. Insofern ist die Strategie der Demokratischen Partei, durch Parteifusion eine große integrierende Kraft im Mitte-Links-Spektrum zu schaffen, zwar richtig, die inhaltlich-programmatische Ausrichtung aber mehr als zweifelhaft, wenn man das Wahlergebnis betrachtet. 20% der Befragten, die der Wahl fern blieben, gaben als Grund für ihre Wahlenthaltung „Unzufriedenheit mit den Programmen“ an.⁴⁵ Davon ist, das legt das Wahlergebnis nahe, die Demokratische Partei in besonderer Weise betroffen – neben der Regenbogen-Linken und den Christdemokraten der UDC.

Die wenig konturierte „Strategie der Mitte“, die insbesondere im Norden zünden sollte, wo Mitte-Links traditionell Schwierigkeiten hat, sich zu behaupten, ist nicht aufgegangen. Im Norden rechnet man kaum mehr damit, durch eine Partei wie die Demokraten Veltronis einen modernen, leistungsstarken Staat zu bekommen.⁴⁶ Daher sind breite Wählerschichten kaum für die Linke zu gewinnen. Zwar konnte Veltroni hier und da ein bis zwei Prozent zulegen, doch wurde dies durch doppelt so starke Gewinne der *Lega Nord* konterkariert. Bei den Unternehmern, deren Zuspruch Veltroni mit seiner Politik erlangen wollte, kam die Demokratische Partei nicht in dem Maße an, wie es sich die Demokraten erhofft hatten: 42,5% der Unternehmer wählten Berlusconi PDL, 10,5% die *Lega Nord* und nur 30% Veltronis PD. Zugleich brach die Demokratische Partei aber bei den Arbeitern stark ein und sank unter 30%.⁴⁷ Überall in Italien zeigte die Demokratische Partei in den Ballungsräumen eine gewisse Stärke, während sie in der Fläche, d.h. Kleinstädten und ländlichen Gebieten, jedoch nur wenig Zustimmung erzielen konnte.

Besonders schwer wiegt, dass sich zugleich auch der Süden von Mitte-Links abgewandt hat, denn im *Mezzogiorno*, wo die Volatilität der Wähler hoch ist und sich die Mehrheiten dementsprechend von einer zur anderen Wahl ändern können, wurden letztlich in den vergangenen 10 Jahren alle wichtigen Wahlen entschieden, ganz gleich ob Europa-, Regional- oder Parlamentswahlen. Gerade im Süden, wo 80% der Bevölkerung Wohneigentum besitzt und die Zahl der Geburten noch immer höher liegt als in der Mitte und im Norden

45 Vgl. Mannheimer, Renato: Vince il bipolarismo, aumenta l'astensione, in: *Corriere della Sera* online vom 15.04.2008 (www.corriere.it).

46 Sinnbildlich für den Misserfolg des PD im Norden ist die unmittelbar nach den Wahlen von Sergio Cofferati, dem Bürgermeister von Bologna, angestoßene Debatte darüber, ob sich die Demokratische Partei anstelle einer auf den 20 Regionen gründenden Organisationsstruktur nicht besser eine auf Makro-Regionen zugeschnittene Struktur zu eigen machen solle, um im Norden Italiens mittels eines „Nord-Verbandes“ attraktiver zu werden.

47 Vgl. *La Repubblica* online vom 19.04.2008 (www.repubblica.it).

Italiens, verfangen Berlusconis Wahlversprechen, einen Baby-Bonus einzuführen und die Steuern auf selbst genutztes Wohneigentum aufzuheben.⁴⁸ Selbst wenn Berlusconis *Mezzogiorno*-Politik durch Einfallslosigkeit glänzt, hatte doch Veltroni dem auch nichts Substantielles entgegenzusetzen. Die Demokratische Partei war diesmal außer in den traditionellen Hochburgen des „Roten Gürtels“ (Emilia-Romagna, Toskana, Umbrien und Marken) nur in den süditalienischen Regionen Basilikata und Molise erfolgreich, wobei sie den Erfolg in der Region Molise der enormen Stärke ihres Bündnispartners *Italia dei Valori* verdankt, die aufgrund der Herkunft von Antonio Di Pietro dort ihre eigene Hochburg hat und knapp 27% der Stimmen erhielt (PD 19,3%). Dagegen gingen neben der norditalienischen Region Ligurien die süditalienischen Regionen Sardinien, Abruzzen, Kampanien und Kalabrien an das „Volk der Freiheiten“ verloren, alle Regionen, die bei den Parlamentswahlen 2006 wie auch bei den Regionalwahlen 2005 noch von Mitte-Links-Koalitionen gewonnen worden waren. Anders als Veltroni, der über das Ergebnis des *Ulivo* von 2006 nicht signifikant hinaus gekommen ist, konnte sein Bündnispartner Antonio Di Pietro mit *Italia dei Valori* eine Verdopplung der Stimmen gegenüber den Wahlen vor zwei Jahren verbuchen und gehört damit zu den Gewinnern dieser Wahl.

Wiedererstarben der Lega Nord

Neben Berlusconi gibt es einen zweiten Wahlsieger: die *Lega Nord*. In absoluten Wählerstimmen erzielte die *Lega* die größten Zuwächse, rund 1,3 Mio. Ihr Aufschwung war in dieser Höhe allgemein nicht erwartet worden. Dies war eine der großen Überraschungen bei den Parlamentswahlen 2008. Nach vielen Jahren eher mäßiger Wahlergebnisse (2006 erreichte die *Lega* nur 4,58%) konnte die *Lega Nord*, die nur im Norden des Landes antrat, mit einem nationalen Durchschnitt von 8%-Stimmenanteil diesmal an ihre großen Erfolge der 1990er Jahre anknüpfen. Sie erreichte in ihren Hochburgen Venetien und Lombardei 26,1% bzw. 20,7% der Stimmen. In manchen Städten, z.B. Verona, Treviso oder Jesolo, erzielte sie über 30%. Zulauf erhielt die *Lega* wegen ihres regionalpatriotischen und zugleich unternehmerfreundlichen Kurses vor allem von Freiberuflern, Händlern, Industriellen und landwirtschaftlichen Großunternehmern. Ein Gutteil des Stimmenzuwachses resultiert aber auch aus Protestwählern. Bemerkenswert ist, dass etwa 8% derjenigen, die diesmal *Lega Nord* gewählt haben, vor zwei Jahren noch links gewählt haben. Die *Lega* geriert sich erfolgreich als Anwalt der ökonomischen Interessen des Nordens,

48 Vgl. *Corriere della Sera* online vom 18.04.2008 (www.corriere.it).

ist zugleich aber Sammelbecken für Personen mit sozialen Abstiegsängsten angesichts wirtschaftlicher Globalisierung. Die Gruppe letzterer macht etwa 20% der Wählerschaft aus und zeigt xenophobe Haltungen.⁴⁹ Man steht insbesondere im Nordosten Italiens in einem harten Standortwettbewerb und entsprechend wächst die Unzufriedenheit mit der dysfunktionalen Politik Roms, welche als hinderlich für die eigene Entwicklung interpretiert wird. Angeprangert werden eine zu hohe Regelungsdichte von Seiten des Zentralstaates in der regionalen Wirtschaftspolitik, die Benachteiligung des Mittelstandes gegenüber der Großindustrie, die mangelnde Effizienz der Verwaltungsstrukturen, schlechte, im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähige Infrastrukturen, die unzureichende Technologieförderung, der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und eine wenig konsistente Energiepolitik. Angesichts der Exportabhängigkeit des Nordens wiegen diese Faktoren schwer und genau hier verspricht die *Lega Nord* Abhilfe bzw. Unterstützung. Kurzum: Der Protest richtet sich generell gegen das wahrgenommene Missverhältnis von defizitären staatlichen Dienstleistungen und bestehender Steuerlast. Mehr noch als Berlusconi's Steuersenkungsoffensive verfiel deshalb im Norden das erneut vehemente Eintreten der *Lega* für die Steuerautonomie der Regionen. Die erfolgreichen Maßnahmen der Regierung Prodi gegen Steuerhinterziehung wurden gerade dort, wo sich eine überdurchschnittlich große Anzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen befindet, nicht goutiert. Dabei verkennen viele Wähler offensichtlich, dass die versprochenen Steuererleichterungen vielfach gerade die Regionen und Kommunen treffen werden, denn die Wertschöpfungssteuer IRAP und die Kfz-Steuer, die Berlusconi senken bzw. abschaffen möchte, gehören zu den Einnahmequellen der Regionen, die Grundsteuer ICI steht den Kommunen zu. Ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich wären neue Einschnitte bei den öffentlichen Aufgaben und Ausgaben auf regionaler und kommunaler Ebene unvermeidbar, was im Widerspruch zum Wunsch nach besseren Infrastrukturen steht, da diese gerade auf der subnationalen Ebene erbracht werden.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Renaissance der *Lega Nord* liegt auch im Verhalten der Mitte-Links-Parteien. Die Tatsache, dass die im Jahr 2001 von Mitte-Links eingeleitete Föderalisierung des Landes seit Jahren stagniert, ruft erheblichen Unmut hervor. Nachdem Mitte-Links das Thema Föderalismus zwischenzeitlich für sich erkannt hatte und den gesellschaftlichen Diskurs einige Jahre dominieren konnte, hat sie es in jüngster Zeit so stark vernachlässigt, dass die *Lega* offenkundig den Alleinvertretungsanspruch in

49 Vgl. Mannheimer, Renato: L'8% dei voti lumbard è „rubato“ alla sinistra, in: *Corriere della Sera* online vom 20.04.2008 (www.corriere.it).

dieser Frage zurückgewinnt. Diese Entwicklung ist überaus problematisch. Denn bereits 1996 befürworteten 25,2% der Bevölkerung des Nordostens entschieden eine Unabhängigkeit Norditaliens, weil sie diese für ökonomisch vorteilhaft hielten.⁵⁰

Fragt man nach der zukünftigen Politik der Regierung Berlusconi, hilft ein Blick auf die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Deutlich wird dabei, dass der Regierungschef im Senat abhängig ist von eben dieser *Legha Nord*, denn ohne sie verliert er seine Mehrheit (vgl. Abb. 11). Damit wird Berlusconi politisch erpressbar und er wird in Zukunft möglicherweise erhebliche politische Zugeständnisse machen müssen. Noch am Wahlabend verlangte *Legha*-Chef Umberto Bossi nicht nur konsequente Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Einwanderung, sondern auch die Einführung des „Fiskalföderalismus“. Dies dürfte eingedenk der ökonomischen und sozialen Rückständigkeit Süditaliens zu massiven Verteilungskonflikten führen.

Dabei gehört zu den Auffälligkeiten dieser Parlamentswahlen auch das relativ bescheidene Abschneiden des *Movimento per le autonomie* (MPA) mit nur wenig mehr als 1% Wählerstimmen. Eine Gegenbewegung des Südens zur *Legha Nord* scheint also nicht zu entstehen, vielmehr sehen die süditalienischen Wähler ganz offensichtlich in Berlusconis Partei „Volk der Freiheiten“ ihre Interessenvertretung.

Italien erstmals ohne parlamentarische Linke

Erstmals in der Geschichte der Republik Italien ist keine Partei des ganz linken politischen Spektrums mehr im Parlament vertreten. Der Einbruch der Regenbogen-Linken, die nur auf etwas über 3% der Stimmen kam und deshalb an den Sperrklauseln scheiterte, kommt einem politischen Erdbeben gleich in einem Land, das mit dem PCI die stärkste kommunistische Kraft in Westeuropa hatte. Im Vergleich zu den Wahlen 2006 verloren die Parteien ganz links im politischen Spektrum sage und schreibe 2,4 Mio. Wähler. Das Wählerpotential der *Sinistra Arcobaleno* liegt eigentlich bei etwa 10% und auch die Umfragen deuteten zunächst an, dass zumindest 7% erreichbar seien. Bei den Parlamentswahlen 2006 hatten Fausto Bertinotti und sein *Partito Rifondazione Comunista* (PRC) noch allein knapp 6% der Stimmen auf sich vereinigen können. Die Grünen und der *Partito dei Comunisti Italiani* (PdCI) hatten 2006 jeweils knapp über 2% erreicht.

⁵⁰ Vgl. Diamanti, Ilvo: Il Nord senza l'Italia?, in: *Limes*, Rivista italiana di geopolitica, No. 1/1996, S. 15-30.

Erklären lässt sich der Wählerschwund durch zwei Faktoren: Viele Stammwähler haben taktisch gewählt. Sie votierten aufgrund der bestehenden Mehrheitsprämie zu Gunsten der Partei bzw. Koalition mit den meisten Stimmen, welche damit automatisch zum Wahlsieger wird, für Veltroni. Die breite Kampagne Veltronis und Berlusconi, in der sie die Wähler aufforderten, nicht für kleine Parteien zu stimmen, wegen der Sperrklauseln keine „Papierkorbstimmen“ zu produzieren bzw. die Mehrheitsprämie im Auge zu behalten („*il voto utile*“), verfiel gerade im linken Spektrum. Um Berlusconi „als das größere Übel“ zu verhindern, wählten Viele Veltroni, selbst wenn sie dessen Politik nicht überzeugte. Der zweite Faktor ist die Tatsache, dass viele enttäuschte linke Stammwähler den Gang ins Wahllokal aus Enttäuschung erst gar nicht mehr angetreten haben.

Fausto Bertinotti zog noch am Wahlabend die Konsequenzen aus dem Debakel und trat als Führungsfigur der Regenbogen-Linken ab, wenige Tage später trat dann auch Franco Giordano als Generalsekretär des *Partito Rifondazione Comunista* zurück. Auch die allein angetretene, traditionsreiche Sozialistische Partei erlitt eine bittere Niederlage: das Ergebnis des *Partito Socialista* von weniger als 1% der Stimmen und folglich keiner parlamentarischen Vertretung veranlasste auch Enrico Boselli zum Rücktritt vom Parteivorsitz.

Wie sich die Linke neu formiert, ob sie nun die größere Nähe zur außerparlamentarischen Linken sucht oder gar die Annäherung an Veltronis Demokraten, was angesichts der Spannungen, die der Wahlkampf zwischen beiden verursacht hat, äußerst schwierig werden dürfte, bleibt abzuwarten. Teile der Linken machen zurzeit noch Veltroni für ihre Niederlage verantwortlich, da er mit der Entscheidung, allein in den Wahlkampf zu ziehen, Fakten geschaffen hat. Die Linke in Italien befindet sich jedenfalls in einer tiefen Krise. Manche aber scheinen zu erkennen, dass möglicherweise eine Fusion mit den Demokraten viel früher hätte erfolgen müssen und eine eklatante Fehleinschätzung vorlag hinsichtlich der Frage, wie die Wähler das Auftreten der kleinen Parteien beurteilen. Hier ist offensichtlich ein Wandel in der Haltung der Bürger nicht antizipiert worden. Man hat unterschätzt, dass die Wähler der Miniparteien überdrüssig sind. Die Parteipolitik hängt hier hinter der realen Entwicklung des Landes zurück.

Anhaltende Zersplitterung der Christdemokratie

Auch die UDC unter Vorsitz von Pier Ferdinando Casini gehört zu den Wahlverlierern. Gegenüber den Parlamentswahlen 2006 büßte die UDC über eine halbe Million Stimmen ein und hat erheblich an politischem Gewicht verloren. Das Wahlergebnis von 5,6% bleibt nicht nur hinter den Ergebnissen

der letzten Wahlen um 1,2% zurück, der Alleingang der UDC reduziert die Zahl der Senatoren drastisch auf nunmehr nur noch drei, da man außer auf Sizilien in allen Regionen an der im Senat gültigen 8%-Sperrklausel scheiterte.⁵¹ Selbst die Südtiroler Volkspartei ist mit vier Senatoren stärker als die Christdemokraten Casinis. Er, der sich hartnäckig gegen den Bipolarismus stemmt und deshalb mit Berlusconi während der gemeinsamen Koalition 2001-2006 beständig im strategischen Dissens lag, muss nun mit ansehen, wie er zwischen den beiden Polen eingeklemmt ist. Der politische Katholizismus bleibt in der Zweiten Republik über die Parteien hinweg verstreut. Ein christdemokratischer dritter Pol in der Mitte, wie ihn viele ehemalige Anhänger der alten *Democrazia Cristiana* wünschen, ist weiterhin Utopie.

Wenig personelle Erneuerung und politischer Rechtsruck

Eine personelle Runderneuerung haben die Wahlen 2008 trotz der beschriebenen Umwälzungen im Parteiensystem nicht gebracht. Auch bleibt die Zahl der Frauen im Parlament weiterhin niedrig. Der Drehtüreffekt ist ebenfalls ungebrochen, d.h. Politiker scheiden irgendwo aus und kommen mit neuen Mandaten anderer Parteien zurück. Auffallend ist ferner, dass unter den neuen Parlamentariern viele so genannte Parteisoldaten sind, die für Verlässlichkeit in schwierigen Zeiten stehen. Gerade beim „Volk der Freiheiten“ ist dies zu beobachten, obschon Berlusconi sich auch bei dieser Wahl wieder als Hort für Volksvertreter „aus der Mitte der Gesellschaft“ gerierte und das Berufspolitikertum nach wie vor zu einem seiner Feindbilder gehört. Viele namhafte Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft finden sich jedoch nicht in den Reihen seiner Partei.

Vor allem aber bedeuten die Parlamentswahlen 2008 einen Rechtsruck: Die Linke ist nicht mehr vertreten und in Berlusconis Koalition fehlen die christdemokratischen Zentristen der UDC, die 2001-2006 in manchen Fragen noch als Korrektiv fungiert hatten. Trotz des Versuchs Berlusconis, durch Kandidaturen bekennender Neofaschisten (Alessandra Mussolini oder der einflussreiche Verleger Giuseppe Ciarrapico⁵²) auch am ganz rechten Rand zu fischen, konnte die ebenfalls neu formierte Partei *La Destra* ihre

51 In den Regionen Kalabrien und Apulien verfehlte man die 8%-Hürde mit 7,93% bzw. 7,83% denkbar knapp.

52 Gegen Giuseppe Ciarrapico, der u.a. ein Dutzend Lokalzeitungen besitzt, ist noch dazu ein Strafverfahren wegen Korruption anhängig. Die Nominierung Ciarrapicos führte zu Konflikten mit seinem Bündnispartner Fini, der seit Jahren bemüht ist, seine *Alleanza Nazionale* als national-konservative Partei zu etablieren und sich vom Schatten der Vergangenheit zu befreien. Selbst die *Lega Nord* protestierte gegen Berlusconis einsame Entscheidung.

Stimmenzahl etwa verdoppeln, selbst wenn das Ergebnis von 2,4% aufgrund der Sperrklauseln nicht für einen Einzug ins Parlament reichte. Für Veltroni war die von Berlusconi vorgenommene Integration von Vertretern der extremen Rechten in seiner „Partei der Freiheiten“ Anlass, seinen Wahlkampf in der letzten Phase ideologisch zuzuspitzen und die politische Mitte allein für sich zu reklamieren, indem er Berlusconis Wahlbündnis nur noch als „die Rechte“ bezeichnete. Genützt hat es offenkundig nichts.

Auffällig und mit Blick auf die Demokratie zugleich besorgniserregend ist, dass überdurchschnittlich viele junge Menschen, praktizierende Katholiken in der Mitte und im Süden Italiens die Partei „Die Rechte“ wählen, und zwar deshalb, weil diese sich als „neue Kraft“ jenseits der herkömmlichen „Parteiherrschaft“ darzustellen vermag. Die stärksten Zuwächse für die Rechte gab es sogar in den zentralitalienischen Regionen des „Roten Gürtels“.⁵³

9. Fazit und Ausblick

Die Italienforschung steht vor neuen Herausforderungen. Umfassende Analysen zur Zweiten Republik stehen noch aus. Klar ist aber bereits soviel: Die vorgezogenen Neuwahlen haben den Prozess der Veränderung des Parteiensystems enorm beschleunigt. Neben der Entscheidung Veltronis, auf Wahlbündnisse breiter Art zu verzichten und nach der Gründung des PD damit den zweiten Schritt auf dem Weg hin zu einer neuen politischen Kultur zu machen, um so zu einem integrierten Parteiensystem zu gelangen, kommt als zweiter Faktor die von den Bürgern durchgesetzte Volksabstimmung über die Änderung des Wahlrechts hinzu. Obwohl das Referendum durch das vorzeitige Ende der Legislaturperiode um ein Jahr verschoben wurde, hat es bereits Wirkung gezeigt. Ein positives Zukunftsszenario im Sinne einer Balance aus Regierungsfähigkeit und angemessenem Abbild der Gesellschaft könnte so aussehen, dass sich tatsächlich fünf größere Strömungen herausbilden: Die „Demokratische Partei“ und die „Partei des Volkes der Freiheiten“ als bestimmende Antipoden, zudem rechts die *Lega Nord*, links eine weitere Kraft aus der gescheiterten „Regenbogen-Linken“ und in der Mitte eine

53 Vgl. Istituto Cattaneo (Hg.): Elezioni politiche 2008: Chi vince, chi perde, e dove; http://www.cattaneo.org/pubblicazioni/analisi/pdf/Analisi_Cattaneo_Politiche2008_Vincitori_e_vinti.pdf (15.04.2008).

christdemokratische Zentrumspartei (UDC).⁵⁴ Möglicherweise kommt es aber auch längerfristig zu einer Annäherung zwischen Veltronis Demokraten und der UDC oder zu einer Integration der übrig gebliebenen Linken mit Veltroni, so dass sich Italien doch noch zu einem echten Zweiparteiensystem hin entwickelt. Das ist allerdings Zukunftsmusik. Gleichwohl ist die Konzentrationsentwicklung eindrucksvoll: Konnten die drei größten Parteien bei den Wahlen 2006 lediglich 53,5% der Stimmen auf sich vereinigen, waren es 2008 bereits rund 79%.

Wie stabil die gerade geschlossenen Bündnisse sein werden, ist offen, der Rückfall in alten Partikularismus nicht auszuschließen. In der ersten Woche nach den Wahlen stellte Antonio Di Pietro die einheitliche Fraktion seiner Partei *Italia dei Valori* mit dem PD sogleich in Frage. Auch die Vertreter des *Partito Radicale* äußerten nach den Wahlen erhebliche Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer Fusion mit dem *Partito Democratico*. Im Mitte-Rechts-Bündnis ist die Situation ebenfalls offen. Nicht nur bleibt das Verhalten der extremen Rechten gegenüber dem „Volk der Freiheiten“ zu beobachten. Noch muss überhaupt erst der Zusammenschluss aus *Alleanza Nazionale* und *Forza Italia* durch Auflösungsparteitage vollzogen werden. Unklar ist auch, was nach der Ära Berlusconi im Lager der parlamentarischen Rechten geschehen wird, wie viel Kohäsion langfristig ein Mitte-Rechts-Bündnis ohne diese Integrationsfigur entfalten kann. Zudem ist das Risiko, dass nach heterogenen Wahlbündnissen nun heterogene Parteien mit heftigen Flügelkämpfen entstehen, nicht eben gering, selbst wenn es zu echten Fusionen kommt. Ob der italienische Spaltpilz tatsächlich besiegt ist, ist also fraglich. Dass wichtige Schritte auf dem Transformationsweg, der mit dem Ende der Ersten Republik 1993 begann, gemacht sind, ist dagegen unbestreitbar. Die Parlamentswahlen 2008 haben der so genannten Zweiten Republik ganz neue Konturen gegeben.

Italien steht dennoch vor schwierigen Zeiten. Sollte sich die Konjunktur weiter abkühlen, dürfte auch Berlusconi mit seiner Regierung in schweres Fahrwasser geraten. Er polarisiert die Italiener nach wie vor. Auf seiner Regierung liegt ein Schatten. Bereits die Tatsache, dass das Wahlrecht, mit dem er nun ins Amt gekommen ist, im Jahr 2005 von seiner Regierung entsprechend den eigenen Bedürfnissen konzipiert wurde, ist nicht unproblematisch. Die Maßnahme, die demokratischen Spielregeln im Alleingang geändert zu haben, hat sich für ihn doppelt ausgezahlt. Gerade deshalb müsste er nun den Dialog mit der Opposition suchen, um die demokratischen Spielregeln einvernehmlich neu zu gestalten und das Wahlrecht entsprechend zu reformieren.

⁵⁴ Das Schicksal der kommunistischen Partei PRC wird sich voraussichtlich auf dem Sonderparteitag am 19. und 20. Mai 2008 entscheiden.

Vieles wird von der Politik der ersten Monate abhängen und vom Stil, mit dem der neue Regierungschef diese Politik betreibt. Sollte er weder auf die parlamentarische Opposition zugehen noch auf diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die ihm ablehnend gegenüber stehen, wäre dies für den inneren Frieden des Landes und jedwede Reformabsicht nicht förderlich.⁵⁵ Dies gilt umso mehr, als die Linke nunmehr keine Stimme mehr im Parlament hat. Berlusconis Ankündigung, sich Margaret Thatcher zum Vorbild für seine dritte Amtszeit zu nehmen, lässt eher eine konflikt- als konsensorientierte Politik befürchten und damit eine Fortführung der in den Regierungsjahren 2001-2006 eingeschlagenen Linie. Auch Erklärungen des Berlusconi-Vertrauten Marcello dell'Utri aus dem Wahlkampf, die Mitte-Rechts-Koalition werde im Falle eines Wahlsieges „die Geschichte neu schreiben“, Universitäten und Verlage seien noch immer in Händen der Linken und der *Resistenza*-Mythos als Fundament der italienischen Republik müsse endlich revidiert werden, all das klingt in den Ohren Vieler wie eine Drohung und dürfte die gesellschaftlichen Spannungen eher schüren denn entschärfen.

Doch nicht nur Berlusconi, auch Veltroni ist gefordert. Er müsste auf seine ehemaligen Partner des linken Spektrums zugehen, ebenso wie auf die sozialen Gruppen in der Zivilgesellschaft. Erste Zeichen in diese Richtung ließ der PD-Chef erkennen, schloss aber ein Zusammengehen mit Parteien der Regenbogen-Koalition aus. Die Gräben sind nach den Konflikten in der Regierung Prodi und der anschließenden Trennung im Wahlkampf noch tief.

Das Regieren wird für Berlusconi nicht leicht, auch wenn das Bündnis durch das Fehlen der UDC etwas weniger heterogen ist als 2001-2006. Ob die neue Mitte-Rechts-Koalition große Reformprojekte anstoßen wird, bleibt abzuwarten. Berlusconi befindet sich innerkoalitionär wie innerparteilich in einer Art Zangensituation. Seine Hochburgen könnten nämlich verschiedener nicht sein: Während im Nordwesten nach Verbesserung der inneren Sicherheit gerufen wird, Steuersenkungen gefordert und Liberalisierungsforderungen erhoben werden, erhoffen sich die Wähler im Süden eher einen starken Staat, der sozialpolitisch umverteilt und den rückständigen *Mezzogiorno* durch massive öffentliche Investitionen verstärkt fördert. Die Interessen der *Lega Nord* wiederum stehen dem entgegen, während die Anhänger von *Finis Alleanza Nazionale* als zweiter Säule des „Volkes der Freiheiten“ wiederum

55 Zur Problematik, Italien gegen die dominierende politische Kultur regieren zu wollen, vgl. näher: Gangemi, Giuseppe: Regieren und Zivilgesellschaft in Zeiten der Regierung Berlusconi. Die offene Frage von Wertorientierung, Tugend und Moral in der italienischen Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, Ausgabe B 35-36/2004 (23. August 2004), S. 39-46.

eher im Süden zuhause sind. Nicht zufällig verharrte die letzte Regierung Berlusconi wirtschafts- und steuerpolitisch weitgehend in Untätigkeit und vermochte keine ihrer vollmundigen und widersprüchlichen Versprechungen einzulösen. Bereits unmittelbar nach der Wahl lagen *Legia Nord* und Berlusconi in der Frage der Sanierung bzw. des Verkaufs von *Alitalia* über Kreuz. Gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten dürfte es deshalb auch der neue Premier nicht leicht haben. Sein politisches Fundament ist nicht so fest, wie es derzeit den Anschein hat.

Italiens weiterer Weg darf mit Spannung beobachtet werden. Alarmismus ist aber derzeit fehl am Platze. Italien hat strukturellen Eingriffen in die Demokratie in den beiden vorangegangenen Regierungsphasen Berlusconi über fünf Jahre lang widerstanden: zivilgesellschaftliche Opposition, ein wachsamer Staatspräsident, eine unabhängige Justiz und nicht zuletzt eben die tiefreichende Kultur des Partikularismus und der Staatsskepsis, all dies sind wichtige Regulative in Italien. Dennoch ist eine verstärkte Aufmerksamkeit notwendig. Vorhang auf für den nächsten Akt der Zweiten Republik...

Literatur

- Censis (Hg.): Il rapporto annuale 2007. XLI Rapporto sulla situazione sociale del Paese, Roma, 07. Dezember 2007; <http://www.censis.it/277/280/339/6366/cover.asp>.
- Diamanti, Ilvo: Il Nord senza l'Italia?, in: *Limes*, Rivista italiana di geopolitica, No. 1/1996, S. 15-30.
- Diamanti, Ilvo: Bianco, rosso, verde ... e azzurro. Mappe e colori dell'Italia politica, Bologna 2003.
- Dickie, John: Cosa nostra. Die Geschichte der Mafia, Frankfurt am Main 2007 (2. Aufl.).
- Eurostat (Hg.): Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen, No. 17/2006, Luxemburg.
- Eurostat (Hg.): Statistik kurz gefasst. Allgemeine und Regionalstatistiken, No. 124/2007, Luxemburg.
- Eurostat (Hg.): Jahrbuch der Regionen 2007, Luxemburg 2007.
- Gangemi, Giuseppe: Regieren und Zivilgesellschaft in Zeiten der Regierung Berlusconi. Die offene Frage von Wertorientierung, Tugend und Moral in der italienischen Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*; Ausgabe B 35-36/2004 (23. August 2004), S. 39-46.
- Grasse, Alexander: Italienische Verhältnisse 2004. Kontinuität und Wandel im politischen System der "zweiten Republik", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*; Ausgabe B 35-36/2004 (23. August 2004), S. 6-17.
- Grasse, Alexander: Modernisierungsfaktor Region. Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien, Wiesbaden 2005.
- Mannheimer, Renato: Vince il bipolarismo, aumenta l'astensione, in: *Corriere della Sera* online vom 15.04.2008 (www.corriere.it).
- Mannheimer, Renato: L'8% dei voti lumbard è „rubato“ alla sinistra, in: *Corriere della Sera* online vom 20.04.2008 (www.corriere.it).
- Rizzo, Sergio/Stella, Gian Antonio: La casta. Così i politici italiani sono diventati intoccabili, Milano 2007.
- Saviano, Roberto: Gomorrha. Reise in das Reich der Camorra, München 2007.
- Travaglio, Marco: Uliwood Party. Figure e figurine, figuri e figuracce del primo anno di centro-sinistra-(destra), Milano 2007.
- Tsebelis, George: Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism, in: *British Journal of Political Science* 25, 1995, S. 289-325.

Istituto Cattaneo (Hg.): Elezioni politiche 2008: La maggior crescita di astensionismo elettorale del dopoguerra, assieme a quella del 1996; http://www.cattaneo.org/pubblicazioni/analisi/pdf/Analisi_Cattaneo_Politiche2008_Astensionismo.pdf (15.04.2008).

Istituto Cattaneo (Hg.): Elezioni politiche 2008: Chi vince, chi perde, e dove; http://www.cattaneo.org/pubblicazioni/analisi/pdf/Analisi_Cattaneo_Politiche2008_Vincitori_e_vinti.pdf (15.04.2008).

Istituto Cattaneo (Hg.): Elezioni politiche 2008: Dentro le due maggiori coalizioni: il Pd e il PdL tengono rispetto al 2006, si affermano i partner minori Lega Nord e Italia dei Valori; http://www.cattaneo.org/pubblicazioni/analisi/pdf/Analisi_Cattaneo_Politiche2008_Voto.pdf (15.04.2008).

Istituto Piepoli/Consortium (Hg.): Elezioni politiche del 13-14 aprile 2008: analisi dei flussi elettorali riguardanti i 5 maggiori partiti, Milano, 16.04.2008; http://www.istitutopiepoli.it/images/Articoli/ANALISI_FLUSSI_ELETTORALI.pdf.

www.beppegrillo.it/condannati_parlamento.php

www.corriere.it (21.02.2008, 05.03.2008, 07.03.2008, 08.03.2008, 15.04.2008, 18.04.2008, 25.04.2008)

www.repubblica.it (19.04.2008)

www.sueddeutsche.de (05.02.2008)

Bildnachweise

Abbildung 1, S. 5:

<http://www.forzaitalia.it/silvioberlusconi/gazebo.htm> (Zugriff: 02.05.2008)

Abbildung 3, S. 31:

http://www.partitodemocratico.it/gw/producer/dettaglio.aspx?id_doc=44950
(Zugriff: 02.05.2008)

http://www.partitodemocratico.it/gw/producer/dettaglio.aspx?id_doc=44951
(Zugriff: 02.05.2008)

http://www.partitodemocratico.it/gw/producer/dettaglio.aspx?id_doc=44952
(Zugriff: 02.05.2008)

Abbildung 4, S. 38:

http://sitesearch.corriere.it/gallery/Politica/vuoto.shtml?2008/02_Febbraio/simboli/manifest&3;ANSA (Zugriff: 02.05.2008)

Abbildung 5, S. 42:

http://bp1.blogger.com/_fznOaGc3VoM/R7q0e7O-lvI/AAAAAAAAANA/B5ayleJfpTO/s1600-h/grasso.jpg (Zugriff: 02.05.2008)

Abbildung 6, S. 43:

http://www.votaberlusconi.it/notizie/arc_12691.htm (Zugriff: 02.05.2008)

<http://romacogitans.wordpress.com/2008/04/06/il-popolo-dellimpunita/>
(Zugriff: 02.05.2008)

Abbildung 7, S. 46:

http://www.votaberlusconi.it/notizie/arc_12691.htm (Zugriff: 02.05.2008)

Abbildung 8, S. 48:

http://www.leganord.org/elezioni/2008/politiche/manifesti_elettorali2008.asp
(Zugriff: 02.05.2008)

Zum Autor

Alexander Grasse, Jg. 1968, Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Italianistik an den Universitäten Gießen und Bari, Staatsexamen 1995; Promotion zum Dr. rer. soc. 2000; Habilitation in Politikwissenschaft 2005; Lehre und Forschung an den Universitäten Milano Statale, Padova, Bologna, North Carolina State und Gießen. Seit September 2007 Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt „Politik und Wirtschaft im Mehrebenensystem“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Steuerungs- und Modernisierungspolitik (in der Interaktion von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft/Kultur), Multi-level Governance und Demokratisierung (insbes. Europäische Union, Föderalismus und Regionen), vergleichende Systemanalyse sowie politische Italien-Studien. Clemens Maria Brentano-Preis 2007 des Deutsch-Italienischen Hochschulinstituts/Ateneo Italo-Tedesco im Fach Politikwissenschaft.

Kontakt:

Prof. Dr. Alexander Grasse
Institut für Politikwissenschaft
Karl-Glöckner-Straße 21 E
35394 Gießen
Telefon: 0641 9923090
E-Mail: alexander.m.grasse@sowi.uni-giessen.de

ISSN: 1866 - 7619

<http://www.italienforschung.de>